

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Gesamtwöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnetten für Arbeitsgelüste 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Bundes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Rückblick auf unseren 7. Verbandstag.

Die erste auf westfälischem Boden tagende Generalversammlung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes gehört nun zeitlich der Geschichte an. Und darin besteht bei allen Delegierten und den sonstigen Teilnehmern volle Einmütigkeit: unsere Dortmunder Tagung war nicht allein eine äußerst glanzvolle in ihrem äußeren Gepräge, sondern sie hat auch eine Fülle fruchtbringender, für die weitere Entwicklung und Wirksamkeit unseres Verbandes bedeutungsvoller Arbeit geleistet.

Als eine in jeder Hinsicht der Bedeutung unserer diesmaligen Tagung entsprechende Einleitung darf die gut arrangierte Begrüßungsfeier im städtischen Reinoldshof bezeichnet werden. Die verschiedenen Begrüßungsansprachen der zahlreich erschienenen Gäste bezeugten, daß der christliche Metallarbeiterverband und seine Wirksamkeit auch in der Öffentlichkeit weitgehendste Beachtung gefunden haben. Wir verweisen hier auf die Ausführungen des Vertreters der Stadt Dortmund, Herrn Bürgermeisters Röttgen, auf die der anwesenden Vertreter der Verbände katholischer und evangelischer Arbeitervereine, welche aus Anlaß der letzten Vorkommnisse erneut die treue Waffenbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften betonten. Alles in allem, eine in jeder Hinsicht imposante Festversammlung, die nicht nur allen Festteilnehmern unergesätzt sein wird, sondern auch in der Öffentlichkeit einen nachhaltigen Widerhall gefunden hat.

Ueberhaupt hat der ganze Verlauf unseres Dortmunder Verbandstages die wachsende Bedeutung unseres Verbandes deutlich erkennen lassen. Wir behaupten nicht zu viel, wenn wir sagen, daß bisher noch keine Generalversammlung einer christlichen Organisation in der hiesigen Tagespresse eine so weitgehende Beachtung fand, wie unsere Dortmunder Tagung. Selbst die sonst unregelmäßige Bewegung nicht allzu freundlich gegenüberstehende Presse befaßte sich einer eingehenden Berichterstattung über die Verhandlungen — was Wunder, wenn da das Dortmunder Sozialistenblättchen und seine Milchgeschwister Gift und Galle gegen uns speien. Achten wir ihren Schmerz — umso mehr, da er uns die erfreuliche Gewissheit gibt, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden.

Die Wichtigkeit der auf unserer diesmaligen Generalversammlung zur Verhandlung stehenden Fragen hat zweifellos das wachsende Interesse anderer Kreise für unsere Bestrebungen noch bedeutend erhöht. Wenn die Sozialdemokratie mit billigen Schlagworten und großem Getöse gegen dieses und jenes und alles und jedes zu Felde zieht, so ist das etwas so alltägliches und ungefährliches, daß kein Mensch dem mehr besondere Beachtung schenken zu müssen glaubt. Etwas anderes aber ist es, wenn der Verbandstag der christlich-nationalen Metallarbeiter Stellung nimmt zum Arbeiterschutz in der Grobeisenindustrie. Fuchte die Stellungnahme des Verbandstages doch auf eingehenden Berechnungen über den Kostenpunkt, welche die verlangte Arbeitszeitverkürzung mit sich bringen wird und auf streng sachlichen Untersuchungen über die entgegenstehenden technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Rheinisch-Westfälische und die Kölnische Zeitung gaben denn auch diesen Teil der Beratungen ausführlich wieder. Das legendarische Blatt kam sogar noch in mehreren laugen Artikeln darauf zurück, vermochte jedoch mit allem Hin- und Her und Drumherum keine unserer objektiven Feststellungen zu entkräften. Dieser Teil der Beratungen unseres Verbandstages gewinnt noch an Bedeutung durch die Anwesenheit der Vertreter der königlichen Gewerbeinspektionen von Dortmund, Duisburg und Urmia, von denen die Herren Gewerbeinspektor Schöpf und Dr. Dewitz auch in sachlicher Weise in die Diskussion eingriffen. Ausführlich ist die Lage der Arbeiter in der Grobeisenindustrie beleuchtet, sind die Reformvorschläge begründet und auf ihre Durchführbarkeit hin geprüft worden. Die Forderung nach vermehrtem Schutz erscheint durchaus gerechtfertigt und hoffentlich wird sie auch an den maßgebenden Stellen volle Beachtung finden. Der Erfolg unserer Arbeit wird umso größer und umfassender sein, je mehr die in Frage kommende Arbeiterschaft auch selbst einmal in größerem Maße aufrast zu gemeinsamer solidarischer Arbeit in ihrer Organisation.

Weitgehende Beachtung fanden und verdienen auch die Erörterungen des Verbandstages über „Deutschlands Zoll- und Handelspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie.“ Eingehend zeichneten die beiden Referenten, Herr Dr. Beusch und Herr Handelskammersekretär Dr. Boye den Rahmen, in dem sich die volkswirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands abspielt und beleuchteten scharf die Zusammenhänge in der Weltwirtschaft. Diese Ausführungen ließen so recht erkennen, daß die komplizierten Fragen unserer Wirtschaftspolitik am allerwenigsten durch

sozialdemokratische Schlagworte gelöst werden können. Hier sind Schwierigkeiten zu überwinden, die die verständnisvolle Mitarbeiterchaft aller Beteiligten erheischen. Das beispielweise dem Arbeiterinteresse mit dem Schlagwort „Freihandel“ nicht gebient sein kann, beweist deutlich die Lage in verschiedenen Branchen der Kleinmetallindustrie, die eines stärkeren Schutzes gegenüber einer vielfach günstiger produzierenden ausländischen Konkurrenz bedürfen. Durch die Erörterung dieser Fragen auf seinem Verbandstag hat der christliche Metallarbeiterverband erneut gezeigt, daß er Verständnis besitzt für die Schwierigkeiten, die der Metallindustrie beim Absatz entgegenstehen. Wir sind bestrebt, an der Ausräumung der Schwierigkeiten mitzuarbeiten, was wiederum der Arbeiterschaft zu Gute kommt. Eine gut prosperierende Industrie kann dann auch den Arbeitern ihren Anteil nicht versagen.

So war denn der äußere Verlauf der Generalversammlung und der in der breiten Öffentlichkeit erzielte Eindruck ein geradezu glänzender. Nicht minder aber können unsere Mitglieder auch mit der geleisteten Arbeit zur inneren Festigung und Stärkung des Verbandes in allen Punkten durchaus zufrieden sein. Der gute alte opferfreudige Geist der christlichen Metallarbeiter hat sich wieder einmal glänzend bewährt. Die Durchführung der von der Generalversammlung mit erstermächtiger Einmütigkeit beschlossenen Neuregelung der Beitragsfrage wird sich schon deshalb allenthalben ohne größere Schwierigkeiten vollziehen, weil die meisten Gruppen auf diesem Gebiete schon praktische Vorarbeit geleistet hatten durch Einführung angemessener wöchentlicher Lokalaufschläge. Die Durchführung des Verbandsbeschlusses wird sich aber auch für die bisher in der Beitragsfrage noch rückständigen Gruppen ziemlich glatt vollziehen lassen. Die gewerkschaftliche Schulung und Einflucht der Verbandsmitglieder ist heute soweit gediehen, daß ein jedes Mitglied die Wichtigkeit und die wirtschaftliche Bedeutung eines starken finanziellen Rückhaltes seiner Organisation wohl zu würdigen wissen wird.

Zu diesem Haupteffekt der Neuregelung gesellen sich für die Verbandsmitglieder dann noch eine Reihe nicht zu unterschätzender Vorteile, die ihnen aus der Erweiterung des Unterstützungswesens erwachsen. Da ist zunächst die Einführung der Krankenunterstützung in der feierlichen 40 Pfg-Klasse, die, durch die Neuregelung erst ermöglicht, den Wünschen eines Teiles der Kollegenschaft in weitgehendstem Maße entgegenkommt. Einem im Interesse der Witwen- und Kinder unserer Metallarbeiter oft geäußerten Wunsch kam dann die Generalversammlung durch die Neuregelung der Sterbunterstützung entgegen. Diese Unterstützung wird fortan schon nach einjähriger Mitgliedschaft gewährt und sie erfährt nunmehr auch eine Steigerung bis zu 150 Mk. Ein weiterer Vorteil für die Kollegen ist die Bestimmung, daß fortan die Karenzzeit von 3 Tagen bei der Streikunterstützung in Wegfall kommt und ferner auch die Einführung der Karenzmarken, wodurch die Mitglieder im Falle der Krankheit in den ersten 14 Tagen, wo sie vom Verbands noch keine Krankenunterstützung beziehen, von der Zahlung des Beitrages befreit werden.

Durch die Einführung der Militärunterstützung bietet unser Verband dann endlich auch den jugendlichen Kollegen einen weiteren Vorteil, der hoffentlich dazu beitragen wird, daß die jungen Kollegen einmal frühzeitig dem Verbands anschließen und dann, daß sie sich auch während der Militärdienstzeit ihrer Zugehörigkeit zum Verbands gern erinnern und nach dem Abgang den Anschluß nicht mehr veräumen, wie es bislang vielfach zu beklagen war.

Dieser weitgehende Ausbau der sowie so schon beträchtlichen Leistungen unseres Verbandes wird gewiß von allen Kollegen begrüßt und gutgeheißen werden. Dabei allein darf es aber keineswegs sein Bewenden haben. Zunächst haben jetzt unsere Ortsverwaltungen und Vertrauensmänner die Pflicht, die Beschlüsse der Generalversammlung allerorts gewissenhaft zur Geltung zu bringen. Etwas bestehende Vorurteile und falsche Auffassungen bei den Kollegen müssen beseitigt werden. Es ist hier stets zu betonen, daß die Delegierten als Vertreter der Gesamtmitgliedschaft nur nach reiflicher, wohlerwogener Überlegung und nur im ureigensten Interesse der Mitglieder ihre Beschlüsse fassen. Und das wird der vorurteilsfreie gereifte Gewerkschaftler bei Prüfung der Beschlüsse zugestehen müssen, alle berechtigten Wünsche aus der Kollegenschaft heraus sind in weitestmöglicher Weise berücksichtigt worden. Daran freilich darf nicht gerüttelt werden, unser Verband ist muß bleiben eine Berufsorganisation zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Metallarbeiterchaft und alle Wünsche können und dürfen deshalb im Interesse

der Mitglieder selbst nur insoweit berücksichtigt werden, als dadurch die Hauptaufgabe des Verbandes nicht gefährdet wird. In diesem Sinne müssen auch die Beschlüsse der Dortmunder Tagung gewertet werden.

Und so dürfen wir denn im Hinblick auf den ganzen Verlauf und die Arbeit unserer 7. Generalversammlung mit Mut und Vertrauen in die Zukunft schauen. Die Entschiedenheit, mit der sich die berufene Vertretung unseres Verbandes grundsätzlich auf den Boden der gegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung stellte, und wie sie von diesem Standpunkte aus sowohl den Schutz der nationalen Arbeit wie nicht minder wirksamen Schutz für die Arbeiter der Großindustrie forderte und mit sachlichem Material begründete, hat in der gesamten Öffentlichkeit einen durchschlagenden Eindruck hinterlassen. Mithalten, das beweisen die uns in großer Zahl vorliegenden Presseerörterungen, hat sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die Organisation der christlichen Metallarbeiter nicht mehr ignoriert werden kann. So war es denn in der Tat nicht zuviel behauptet, wenn Kollege Schiffer, der Vorsitzende des Gesamtverbandes feststellte: Der 7. Verbandstag des christlichen Metallarbeiterverbandes war ein Markstein in der Entwicklung des Verbandes und ein Granitfundament unaufhaltsamen Fortschritts. Und wer dann am Schluß der Tagung die hoffnungsfrohe Begeisterung der Delegierten und Teilnehmer sah, wer da Zeuge war von der eisernen Geschlossenheit und dem unbeugsamen Willen zur Tat, dem mußte sich die Ueberzeugung aufdrängen, daß die Dortmunder Tagung der Ausgangspunkt einer neuen entschiedenen Vorwärtswicklung unserer Sache sein wird. Mögen darum unsere Kollegen allerwärts jetzt ungeämmt ihre Kräfte in der Werbearbeit anspannen, dann wird der von der Generalversammlung ausgestreute Samen reiche Früchte tragen — nicht nur für die innere Entwicklung, sondern auch für die weitere Erklarung unserer Bewegung nach außen. Darum, Hand ans Werk!

### Die Kölnische Zeitung und die Arbeitszeit in der Schwereisenindustrie.

Das Tatsachenmaterial über die Arbeitszeit in der Grobeisenindustrie, welches auf unserer 7. Generalversammlung beigebracht wurde, hat in der Öffentlichkeit die größte Beachtung gefunden. Die „Köln. Zeitung“ befaßt sich damit, wie schon erwähnt, an leitender Stelle in den Nr. 805, 813 und 818. Das Blatt kommt zu dem Schluß, die verlangte achtstündige Arbeitszeit für die Schwereisen- und Hüttenindustrie sei undurchführbar. Ihre kundenahme Begründung ist bereits in der vor. Nr. auf ihren wahren Wert zurückgeführt worden. Die Schlussfolgerung der „K. Z.“ ist umso unverständlicher, weil das Blatt eingesteht, daß „die Arbeitszeit“ nicht im Einklang stünde mit den heutigen sozialen Verhältnissen, es läßt auch „ohne Nachprüfung“ die in Dortmund vorgetragenen Zahlen gelten. Ferner ist ihm klar, daß eine Nachprüfung der Grobeisenverordnung notwendig ist. Es ist daher mehr wie sonderbar, wenn die „K. Z.“ trotz dieser Bekenntnisse schreibt (Nr. 813/1912):

„Man braucht kein Metallindustrieller und kein Volkswirtschaftler zu sein, um die Schwächen der Behauptungen und Deduktionen dieses christlichen Arbeiterführers über die Menschenfrage und die Geldfrage in diesem Falle zu erkennen.“

Wie sehen diese Deduktionen aus, d. h. wie liegen die Dinge in der Grobeisenindustrie? In den feierspeidenden Untertönen der Schwereindustrie beträgt die tägliche Arbeitszeit zwölf Stunden. Etwa 60 Prozent der Belegschaft arbeitet in wechselnder Tag- und Nachtschicht. Die Hochofenarbeiter müssen im Jahre 313 Schichten à 12 Stunden und 26 Sonntagschichten à 24 Stunden arbeiten, das macht im Jahr 365 Schichten. Rechnet man hinzu den Weg von und zur Arbeit, das Umkleiden, Körperreinigen und die gar nicht geringen Ueberstunden, so ergibt sich, daß diese Arbeiter drei Fünftel des Jahres tätig sind in Gluthitze, Regen und Schnee. Fürwahr, ein jammervolles Dasein.

Zu der überlangen Arbeitszeit kommt als Zugabe eine ausgedehnte Ueber- und Sonntagsarbeit. Nach den Ermittlungen der preussischen Gewerbeaufsicht mußten im Vorjahre 97 936 Arbeiter der Grobeisenindustrie 21,2 Millionen Ueberstunden leisten; auf jeden konnten also durchschnittlich 217 von den 27 792 Hochofenarbeitern, welche die Statistik ausweist, mußten 6157 insgesamt 1 162 125 Stunden überarbeiten; es treffen mithin auf jeden 188 Ueberstunden. Infolge der ismeren und überlangen Arbeitszeit weist die Schwereindustrie Unfall- und Krankenziffern auf, welche die des Bergbaues weit übersteigen.

Die Sektion Oberhausen der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Bergwerksberufsgenossenschaft dürfte wohl den Schwereindustriestyp am reinsten darstellen. In dieser Sektion erlitten im Jahre 1911 von je 1000 Beschäftigten 208 einen Unfall. Im ganzen Bereich der Rheinisch-Westf. Hütten- und Bergwerksberufsgenossenschaft wurden 32 046 Personen verletzt, davon erlitten 219 einen tödlichen Unfall und 1939 blieben dauernd erwerbsunfähig.

Sichtlich der Krankenziffern liegen keine umfassenden Durchschnittszahlen vor, darum beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Ziffern der Krupp'schen Betriebskrankenkasse. Von der Gesamtbeschäftigten des Essener Werkes erkrankten:

1902 = 57,22%	durchschnittliche Krankheitsdauer 15,29 Tage
1906 = 62,87%	" " " 15,68 "
1910 = 65,45%	" " " 18,30 "

In dem neunjährigen Zeitraum zeigt sich sowohl eine Steigerung der Krankheitsziffer als auch der durchschnittlichen Krankheitsdauer. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß nicht einmal die Hälfte dieser Arbeiter zur Schwerindustrie gehört. Der größte Teil ist in der Geschloßfabrikation, im Maschinenbau usw. tätig.

Diese Zustände sind unhaltbar. Hinzu kommt, daß die immer intensiver werdende Arbeitsmethode die Verhältnisse geradezu unerträglich macht. Hierfür sei auch ein zahlenmäßiger Beweis erbracht. Nach der Montanstatistik sind von 1908 bis 1910 gestiegen bzw. gefallen:

	Arbeiterzahl	Produktionsmenge	Produktionswert
1. Hoheisenherstellung	+ 4,12%	+ 25,31%	+ 12,21%
2. Fluß- u. Schweißhoheisenherstellung	+ 3,59%	+ 17,09%	+ 15,79%
3. Metallhütten	- 1,96%	+ 12,92%	+ 12,96%

Diese Verhältnisziffern zeigen einwandfrei, daß einer geringeren Bemühen der Arbeiter — die Metallhüttenindustrie weist sogar eine Verminderung auf — eine große Steigerung der Produktionsmenge und des Produktionswertes gegenübersteht. Bei der Hoheisenherstellung beträgt die Produktionssteigerung das Sechsfache und die Wertsteigerung das Dreifache von der Steigerung der Arbeiterzahl. Im Fluß- und Schweißhoheisenbetrieb ist die Produktionssteigerung fünfmal und die Wertsteigerung fast vierzehnfach so groß wie die Steigerung der Arbeiterzahl. Die Arbeitskraft wird also immer intensiver ausgenutzt. Die lange Arbeitszeit, die Ueber- und Sonntagsarbeit tun das Übrige zu dem unheimlichen Unfall- und Krankenziffern. Daß nur durch eine vernünftige Arbeitszeit, durch Einschränkung des Ueberstundenwesens und einer auskömmlichen Lohn ein Ausgleich herbeigeführt werden kann und muß, wird kein Einsichtiger zu bestreiten wagen.

Um den Arbeitern der Grobbleiindustrie ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen sind folgende Reformen durchzuführen:

1. Gesetzliche Einführung der achtstündigen Arbeitszeit.
2. Verbot der Produktion an Sonn- und Feiertagen, auch in Hochofen- und Hüttenbetrieben.

Alle, die es ehrlich meinen mit unserem Volke, namentlich aber die Kreise, welche das Wörtchen „national“ bei jeder Gelegenheit im Munde führen, sollten ihren ganzen nicht geringen Einfluß geltend machen, daß diese Reformen durchgeführt werden, um dem Raubbau an der Volkskraft Einhalt zu gebieten. Die „Rölnische Zeitung“ aber tut diese Forderung der Menschlichkeit mit einer Handbewegung ab und malt als Popanz an die Wand, daß im Falle der Durchführung dieser Forderung die deutsche Eisenindustrie in die Verlöcher ginge. Hierfür aber eine hieb- und stichfeste Rechnung aufzunehmen, fällt ihr gar nicht ein.

Als Arbeiterorganisation haben wir die Pflicht, nicht nur zu fordern, sondern auch zu prüfen, welche Belastung dadurch entsteht, um daraus zu ersehen, ob die Forderungen realisierbar sind. Das ist geschehen in dem Bericht unseres Verbandsvorsitzenden an die „Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz“ über die Arbeitszeit in den ununterbrochenen Betrieben der Grobbleiindustrie. Wir müssen uns hier schon aus Gründen des Raumes auf einen knappen Auszug beschränken.

In dem Bericht wird zum erstenmal zahlenmäßig festgestellt, wieviel neue Arbeitskräfte für die Grobblei- und Hüttenindustrie durch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit nötig werden und die Kostensumme angeben, welche die Mehraufnahme erfordern. Nach sehr vorsichtiger Abwägung aller Momente wird in dem Bericht folgende Prognose aufgemacht:

	Es sind mehr Arbeiter nötig	Mehrbelastung d. Arbeitslohn	Verzehrung pro Tonne
Hochofenwerke	14 000	21 Mill. M.	3 Proz.
Hüttenbetriebe	8 000	12 „ „	4 Proz.
Fluß- und Schweißhoheisenbetriebe	95 000	52 „ „	3 Proz.
	57 000	85 Mill. M.	

In dieser Aufstellung ist auch die Arbeiterzahl enthalten (Hüttenbetriebe), welche in der Metallhüttenindustrie durch die achtstündige Arbeitszeit nötig werden. Auch in diesem Zweig sind dieselben Reformen nötig, wie in der Grobbleiindustrie, weil die Zustände hier wie dort unhaltbar sind. — Es kann die Frage aufgeworfen werden, ob das Wirtschaftslieben die Belastung ertragen wird? Die Frage ist unbedenklich zu bejahen. Die Hauptaufgabe der Produktion dieser Werke

sind vorwiegend das Reich, die Einzelstaaten, die Provinzen, Kommunen, öffentlich-rechtliche Körperschaften usw. Zwei Drittel der Produktion werden ohne Zweifel von den Genannten abgenommen.

Es kann angenommen werden, daß ein Drittel der Mehrbelastung durch bessere Ausnutzung der Betriebe größere Leistungsfähigkeit der Arbeiter usw. wieder ausgeglichen wird. Wichtiger werden ca. zwei Drittel der Kosten in der Preissteigerung ihren Ausgleich finden müssen, welche der Allgemeinheit zur Last fällt.

Die Mehrbelastung der Volkswirtschaft würde, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, kaum eine Mark betragen. Unser Volk trägt für andere Berufe ganz andere Opfer, es sei hier nur an die Agrarölle usw. erinnert.

Zur Frage der Arbeiterbeschaffung heißt es: Gewiß können 80 000 Arbeiter nicht plötzlich aus der Erde gestampft werden. Es ist auch absolut nicht erforderlich, daß die achtstündige Schicht in allen Betriebszweigen zu gleicher Zeit einsetzt. Mit den Hochofen- und Hüttenbetrieben kann begonnen werden, weil diese Betriebe weniger gelehrter Arbeiter bedürfen. Die meisten dort beschäftigten Arbeiter kommen aus ländlichen Gegenden, nicht aus Industriebezirken. Die Hochofenarbeiter bedürfen der Reform am nötigsten, damit die aufreißende 24stündige Wechsellösung so schnell als möglich beseitigt wird. An zweiter Stelle hätten zu folgen die Bessemer-, Thomas- und Martin-Stahlwerke, die großen Tiegelstahmelzerien und sonstige Feuerbetriebe. — Zum Schluß würden die Walz-, Hammer- und Presswerke usw. zu folgen haben.

Hinzu kommt, daß der Arbeiterbedarf nicht an einer Stelle auftritt, sondern über ganze Länderstrecken verteilt ist. Wenn es möglich war im deutschen Steinbohlenbergbau die Belegschaft zu steigern von 511 108 im Jahre 1906 auf 613 224 im Jahre 1909, so um 1 02 000 in 4 Jahren, dann ist nicht einzusehen, warum die Schwerindustrie in der halben Zeit keine 80 000 an sich ziehen könnte.

Die Schwerindustrie klagt häufig über Arbeitermangel. Das ist sehr verständlich. Wer nicht unbedingt muß, wer noch einen halbwegs anderen Ausweg hat, verzichtet auf die 12stündige Schicht in den feuerbeizenden Luftkaminen. Ja, der industrielle Nachwuchs geht lieber zum Bergbau, als ins Stahlwerk; vom Hochofenwerk mit seiner stereotypen Sonntagsarbeit und 24stündigen Wechsellösung ganz zu schweigen. Nicht zu unterschätzen bei der Arbeiterbeschaffung und dem Arbeitererwerb ist, daß bei der 8stündigen Schicht die Invalidität nicht so früh eintreten wird, wie das bisher der Fall war. In der Schwerindustrie wird mit einer durchschnittlichen Arbeitsfähigkeit von 15 Jahren gerechnet. Beispielsweise bringt dieses das Statut der Krupp'schen Pensionskasse zum Ausdruck. Die Feuerarbeiter bei Krupp sind nach 15jähriger Tätigkeit pensionsberechtigt, während der Zeitraum für die übrigen Arbeiter auf 20 Jahre festgesetzt ist. Mit der Einführung der 8stündigen Arbeitszeit wird die schwere Industrie nicht mehr über Arbeitermangel zu klagen haben, dann wird auch diese Arbeit begehrenswerter erscheinen als es bisher der Fall war.

Zur Abschaffung der Sonntagsarbeit im Hochofenbetrieb macht der Bericht folgende Ausführungen: Der Einwand hiergegen lautet in der Regel: Die Unterbrechung der Arbeit ist aus technischen Gründen nicht möglich, die Ofen können nicht, ohne Schaden zu leiden, „gedämpft“ werden. Diese Einwände beruhen mehr auf Unwissenheit und der Furcht des Produktionsausfalles als auf wirklich technischen Schwierigkeiten. In den Hochofenbetrieben treten häufig Störungen ein, wo der Schmelzprozeß nicht bloß auf Stunden, sondern auf ganze Tage unterbrochen werden mußte. Auch bei Streiks wurden Ofen längere Zeit „gedämpft“ d. h. der Schmelzprozeß eingestellt, ohne daß sie Schaden genommen hätten. Ein besonders krasser Fall wurde nachgewiesen in einem Aufsatz der Zeitschrift „Stahl und Eisen“, dem offiziellen Organ des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute.

Direktor S. Suranyi und Hochofenschef W. Jakobson schreiben dort auf S. 623—624, Jahrgang 1908 über die Stilllegung der Hochofen bei der U.-G. Hütte in Czestochau (Ruffisch-Polen): „Man biligt den Hochofen insofern für nicht anzusehen, als ein Stilllegen des Ofens, wenn auch für kurze Zeit, nicht allein in wirtschaftlicher, sondern auch in technischer Beziehung als ein großer Uebelstand betrachtet werden muß. Die Zustände insofern, welche die Ruffisch-Polnische Eisenindustrie in den letzten drei Jahren durchzumachen hatte haben bei den dortigen Hochofen öfters die schlimmsten Störungen hervorgerufen und dadurch geleitet, einen Hochofen auf unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen im Feuer zu halten. Lange dauernde Arbeiterstreiks und Unruhen, ferner Rohstoffmangel hatten ein berartig häufiges Einstellen der Betriebe oder Dämpfen der Hochofen im Gefolge, daß zum Beispiel in einem Betriebsjahre volle 21 Prozent der Schichtenzahl still gesetzt werden mußte.“

Es wird dann von den Verfassern noch weiter nachgewiesen, daß ein Hochofen nach 14monatlichem „Dämpfen“ (also unter Feuerhaltung) wieder angeblasen werden konnte und schon 26 Stunden nachher Eisen lieferte. Der Uebergang zur normalen Produktion dauerte nur einige Tage. Auch später zeigte der Ofen keinerlei Nachwehen, sondern ging tadellos. Im Jahre 1904 wurde ein Hochofen der Rheinischen Stahlwerke in Duisburg-Meiderich zwecks Reparatur 14 Tage gedämpft. Vier Stunden nach der Fertigstellung erfolgte der erste Abschicht, auf der Gutehoffnungshütte in Oberhausen standen sämtliche Hochofen im Jahre 1907 3 Tage. Die Ursache war ein Arbeiterausstand. Neunenswerte Störungen nach Wiederaufnahme der Arbeit waren nicht zu verzeichnen. Die Hochofen der Friedrich-Alfredhütte in Hagenhausen (Firma Fr. Krupp U.-G.) standen infolge eines Streiks vom 13.—15. Februar 1910 still. Nach beendigter Arbeiterbewegung traten sämtliche Arbeiter wieder an ihre alten Plätze und drei Stunden darauf erfolgte der erste Abschicht. Auf dem gleichen Werke wurde der Hochofen „Mull“ im Herbst 1910 zwecks Reparatur 9 Tage außer Betrieb gesetzt. Während der Reparatur war die Schmelzkammer mit Schlackensand bedeckt und konnte der Schmelzprozeß gleich nach der Fertigstellung wieder aufgenommen werden.

Der Nachweis, daß eine Unterbrechung des Hochofenbetriebes technisch möglich sei, ist durch die Darlegung aus „Stahl und Eisen“ und durch die angeführten Beispiele aus der Praxis erbracht. Also ist die technische Möglichkeit, die Hochofen des Sonntags still zu legen, vorhanden.

Es handelt sich zunächst darum, sich von den eingewurzelten Vorurteilen loszureißen und mit dem alten Gewohnheitsdenken zu brechen. Der etwaige Produktionsausfall, welcher durch die Sonntagsruhe veranlaßt wird, muß mit in Kauf genommen werden. Auch anderen Industrien ist die Produktionsfähigkeit am Sonntage genommen. Von den 334 Hochofen in Deutschland waren im Jahre 1908 nur 278 in Betrieb gehalten. Die Produktionssteigerung ist durch Ingebrauchstellen der vorhandenen Ofen gegeben ohne die Anlagen weiter vergrößern zu müssen.

Die „Rölnische Zeitung“ hat angesichts dieser hieb- und stichfesten Darlegungen die Stirn zu schreiben:

„Diese Klagen und Ausfälle der Verbandsführer gegen die Eisenindustriellen haben einen ganz besonderen Grund. In den Belegschaften der Hütten- und Stahlwerke haben die Arbeiterorganisationen noch nicht in nennenswerter Weise Fuß fassen können. . . . Die Verbandsführer geben sich alle Mühe, in diese Belegschaften einzubringen, bis jetzt aber ohne namhaften Erfolg.“

Das vorstehend angeführte Tatsachenmaterial macht eine Antwort auf den Scharfmacher kaum überflüssig.

In Nr. 818 läßt sich das Blatt von einem Gewährsmann einen langen Artikel zu der Angelegenheit schreiben. Im einzelnen darauf eingehen erscheint deswegen überflüssig, weil sich der Artikel trotz allem drum und dran im gleichen Rahmen bewegt. Nur eins sei herausgeriffen um einer Legendenbildung vorzubeugen. Hier wird ausgeführt, daß man „im Durchschnitt am Hochofen etwa auf eine 6- bis 7stündige Arbeitszeit in einer unvollständigen Schicht rechnen kann.“ Man weiß wirklich nicht, ob man sich angesichts dieser Deduktion noch verwundern kann. Es ist doch ziemlich selbstverständlich, daß nicht die ganze Schicht hindurch ununterbrochen Eisen abgehockt werden kann. Nach dem Abschicht des flüssigen Eisens hat dem die Arbeiter einer geradezu infelhaften Hitze ausgesetzt sind, ist ein Anstandslos Zeit zum Atemholen unbedingt nötig, andernfalls würden die Arbeiter glattweg zusammenbrechen. In der Zeit, die zwischen zwei Abschichten liegt, müssen aber alle Nebenarbeiten verrichtet werden. Die existieren aneinander für die „Rölnische Zeitung“ nicht. Was von einer solchen Konstruktion zu halten ist, kann getrost der öffentlichen Meinung überlassen bleiben. Die „Rölnische Zeitung“ kann sich so einmal im eigenen Betriebe davon überzeugen, was es mit ihrer sogenannten „wirklichen Arbeitszeit“ auf sich hat. Ihrer Konstruktion entsprechend beschränkt sich die wirkliche Arbeitszeit der Rotationsmaschinenmeister darauf, die Maschine einrichten; läßt sie, dann hat der Arbeiter Ruhe, braucht nicht zu arbeiten. Wir sind gespannt, was das Blatt darauf antworten wird.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß ein Blatt, wie die „Rölnische Zeitung“ die sonst von „Humanität“ überfließt, in diesem Falle einen geradezu hinterwäldlerischen Standpunkt einnimmt. Der „Reichsbote“ hat daher vollständig Recht, wenn er zur Frage der Arbeitszeit in der Grobbleiindustrie schreibt (Nr. vom 21. Juli 1912):

„Zweifellos verdient die Forderung nicht von vornherein die glatt ablehnende Behandlung, die ihm eine im mißverstandenen Arbeitgeberinteresse rührige Presse zuteil werden ließ.“

### Prolog. \*)

Auf seiner Sonnenhöhe steht das Jahr!  
Im Winde weht das Korn in goldenen Wellen,  
Im Baum und Strauch die Früchte duftend schwellen,  
Nur Glanz und Schönheit nimmt das Auge wahr,  
Die Blumen blühen in überreicher Fülle  
Und schmücken rings die Welt in Hain und Hag,  
Es sprengen Tauwaben der Knospen Hülle  
In einer Nacht, an einem ein'gen Tag.

O wunderhöne, wonnenvolle Zeit!  
Von allen, allen Seiten strömt der Segen,  
Der Ernte drängt, der Ernte es entgegen,  
Den Tagen voller, reifer Uebrigkeit.  
Und solches Eden schenkt der Sonne Feuer  
Die anverwandelt hat des Schöpfers Macht,  
Und fällen stetig Keller füll und Schauer  
Der Sonne sei dafür der Dank gebracht.

Ist das für unser Fest symbolisch nicht?  
Für uns hat auch das Feuer angezündet  
Das Schöpfers Macht und hat dadurch begründet  
Was unser Leben füllt als heil'ge Pflicht.  
Und wenn in dieser Erntezeit wir tagen,  
Wenn sich in ihr verjüngt der Verbund,  
So können wir, auch wir vom Ernten sagen,  
Denn nimmer stummig war die fleiß'ge Hand.

\*) Einem mehrfach aus Kollegenkreisen geäußerten Wunsch entsprechend, bringen wir an dieser Stelle den von der weltfälligen Dichterin Johanna Balz verfaßten und von Herrn Posthausbesitzer Lang-Eberfeld auf der Begrüßungsfeier unseres Dortmunder Verbandstages gedruckten Festprolog zum Abdruck. Die Red.

Und nie erlosch des Feuers rote Glut!  
Hochofen füllte Lobernd sie und Essen,  
Und was durch sie wir schufen unermessen  
Ist es, und hört, Ihr Freunde, es ist gut!  
Denn ob wir still in unierer Werkstatt wirken,  
Wo klingend schlägt der Hammer das Metall,  
Ob in der großer Werke Brachtbezirken,  
Ein jeder dient der Arbeit als Vafall!

Ein jeder, groß und Klein und alt und jung!  
Und was uns zwingt, der Arbeit uns zu beugen,  
Ist auch ein Feuer, — dessen seid Ihr Beugen,  
Es ist das Feuer der Begeisterung!  
Der Freude an dem Regen und Bewegen,  
Am Schaffen, das genährt an Schöpferkraft,  
Wer wagt's die Hände in den Schoß zu legen?  
Die Arbeit, sie erneut den Lebenssaft!

Ihr kennt den Spruch wohl: „Arbeit und Gebet!“  
Uns allen ist er in das Herz geschrieben.  
Wohl dem, dem Fleiß und Frömmigkeit geblieben  
Sein Blick ist klar, sein Wirken treu und stet.  
Und leht, ein Feuerwunde ist es wieder,  
Der in den Seelen Frömmigkeit entlammt;  
Aus ew'gen Höhen fiel er zündend nieder:  
Der Glaube ist es, der vom Himmel kommt. —

Auf seiner Sonnenhöhe steht das Jahr!  
Für uns auch gilt's: dreiachen Feuers Flammen,  
Sie schweigten uns für alle Zeit zusammen,  
Dem Sonnenfeuer gleichen sie fürwahr!  
Sie zeitigten die Ernte untrer Mühen,  
Die ohne sie im tiefen Dunkel lag,  
Sie lassen uns der Freude Blumen blühen  
In diesem Tag, an untrer Ehrentag!

Und wir begehen ihn zum ersten Mal  
Auf roter Erde hier, im Land Westfalen,  
Von dem so viel verflanden die Annalen,  
Wo reiche Schönheit weht im Berg und Tal.  
Wo Eichenwälder hoch zum Himmel ragen,  
Wo reiner Sinn und fromme Güte wohnt;  
In zäher Treue deutliche Herzen schlagen,  
Wo Dankbarkeit noch Fleiß und Treue lohnt!

In Dortmund feiern wir — der alten Stadt,  
Die Könige und Kaiser oft empfangen,  
Wo sich der Arbeit eint das Kunstverlangen,  
Wo reiches Wissen Heimatrechte hat!  
Im Reinoldshof, wo alter Sage Worte  
Im Dämmern noch erzählt der Kaufmannsind,  
Mit hoch durch der Trostmunda ehr'ne Pforte,  
Reinoldbus einft, das edle Seymonskind. —

Hier feiern wir! Wohlaufl, wie nie zuvor,  
Laßt das Gefühl der Einheit uns durchdringen:  
Und laden wir den Ernst vor allen Dingen,  
Mit euch den Trostinn her und den Gumor.  
Denn die von Jahr zu Jahr die Hände rühren  
Im Kampf auch gegen manchen Widerstreit,  
Wem könnte mehr als ihnen wohl gedühren,  
Erwidende und laute Fröhdlichkeit?

Wohlaufl? Verdoppelt ward der Freunde Schaar  
Die treu in unrer Bund zusammenhalten,  
Bergönnens uns die himmlischen Gewalten,  
Dann wirken wir so weiter immerdar!  
„Des Glückes Erntetage sich selbst bereiten“,  
Erstrebe jeder in der Jahre Kreis;  
Nur so erkämpfen wir die goldenen Zeiten —  
Denn wijet: „Segen ist der Mühe Preis!“  
Johanna Balz, Arnberg i. B.

Am übrigen hatten wir an unserem Urteile in Nr. 20/1912 fest, dieses lautet: Die Arbeiter der schweren Eisenindustrie dürfen sich aber nicht allein auf die Hilfe des Staates verlassen, sondern müssen sich organisieren, dem Verbands beitreten und Opferwilligkeit an den Tag legen. Haben sie erst eine starke und gut fundierte Organisation im Rücken, dann werden auch die Industriekapitäne mit sich reden lassen. Es ist ein unwürdiger Zustand, daß in den feuergefährlichen Anlagen der gut prosperierenden Montanbetriebe längere Arbeitszeiten herrschen, wie in Schreiner-, Schuster- und Schneidwerkstätten. Was diese kleineren Gewerbe ohne Gefahr für ihren Fortbestand leisten, muß auch die Eisenindustrie leisten können. Am letzten Ende sind die Menschen nicht für die Industrie da, sondern die Industrie für die Menschen. Wollen also die Arbeiter der schweren Industrie ein erträgliches Dasein, dann hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, in die Organisation, die sich seit jeher ihrer Interessen angenommen.

### Die sozialdemokratische Presse und unser Verbandstag.

Im allgemeinen schenkt die rote Presse unserem Verbande ziemlich große Beachtung; es vergeht kein Tag wo wir nicht in der einen oder anderen Form angepöbel werden. Das sieht uns weiter nicht an, wäre es anders, dann hätten wir Veranlassung, eine Gewissensprüfung vorzunehmen. Daß wir dieses nicht brauchen beweist, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Was die rote Presse aber während unseres Verbandstages im Herunterreißen leistete, geht auf keine Kuhhaut. Den Gipfel der Absurdität erreichte die sozialdemokratische „Dortmunder Arbeiterzeitung“. Sie widmete unserem Verbandstag gleich zwei „Begrüßungsartikel“ die mehr wie 7 (in Worten: sieben) Spalten füllten; ihre Berichterstattung über die Verhandlungen war infernal. Ein Beweis für die Bedeutung welche die Sozialdemokratie unserem Verbands beilegt. Wer daran zweifelt, den wird der Inhalt der giftgeschwollenen, von Unwahrheiten und Injurien strotzenden Epithelien eines besseren belehren. Wir greifen aufs geratewohl einige Stellen aus den Lügenbandwurmern heraus. Das rote Blatt behauptet: wir hätten Streikbruch getrieben auf Besse Lucas, in Hausham, Eilenburg, Düsseldorf, Dortmund, Stuttgart und Bielefeld.

Sehen wir zu, was von dieser „Begrüßungsverlogenheit“ zu halten ist.

1. Auf Besse Lucas und in Hausham hatte der christliche Metallarbeiterverband kein einziges Mitglied und konnte darum auch keinen Streikbruch verüben. Die Arbeiterzeitung hat daher wissenschaftlich und vorsätzlich gelogen, mit der Absicht, unseren Verband herunterzureißen.

2. Es ist wissenschaftlich gelogen von der Arbeiterzeitung, daß der christliche Verband in Eilenburg Streikbruch verübte. Vielmehr arbeiteten die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ruhig weiter, während der rote Fabrikarbeiterverband streikte.

3. Total verlogen ist das Geschwafel von einem Streikbruch in Dortmund und Stuttgart. Unser Verband wurde vom „roten Bruder“ ausgeschaltet; selbstredend gingen darauf unsere Kollegen ihre eigenen Wege. Wer will ihnen daraus einen Vorwurf machen?

4. In Bielefeld inszenierte der soziald. Metallarbeiterverband einen Streik zur Vernichtung unserer Ortsgruppe. Natürlich setzten sich unsere Mitglieder zur Wehr und brachten den roten Terroristen eine ganz empfindliche Schlappe bei. Diese Anpöbelung der sozialdemokratischen Arbeiterzeitung ist daher ebenfalls wissenschaftlich gelogen.

5. Ebenso ist es wissenschaftlich und vorsätzlich gelogen, daß unser Verband in Düsseldorf Streikbruch verübte hat.

Die allgemein gehaltene Behauptung des roten Blattes: bei den christlichen Gewerkschaften sei der Streikbruch zum System geworden, ist genau so verlogen, wie die vorstehenden Einzelbilder. Iwerdichschütternd wirkt es aber, wenn man dieser unskunigen Behauptung gegenüberstellt, was die gleichfalls sozialdemokratische „Bremer Bürgerzeitung“ über „die Streikausgaben der Christlichen“ zu sagen hat. Nach einer Zusammenstellung der Summen, welche die christlichen Gewerkschaften in den Jahren 1908, 1910 und 1911 für Unterstützungszwecke verausgabten, schreibt die Bremer Bürgerzeitung (23. Juli 1912):

„Besonders zu beachten . . . sind die hohen Streikausgaben der christl. Gewerksvereine. Sie sind zugleich ein interessanter Beweis für die Qualität der Behauptung, daß nur die „freien Gewerkschaften“ ihr „ganzes Geld“ für „dumme Streikereien“ ausgeben.“

Wir möchten dem noch hinzufügen, daß diese „sozialdemokratische Behauptung“ ein interessanter Beweis dafür ist, was vom

Streikbruchgeheul des Dortmunder Genossenblattes zu halten ist.

Die Meinung, die christlichen Gewerkschaften hätten hohe Streikausgaben, hat aber nicht nur die rote Presse Norddeutschlands, sie wird vielmehr auch von der süddeutschen Sozialistenpresse geteilt. Die „Frankische Tagespost“ in Nürnberg schreibt nämlich genau dasselbe wie die „Bremer Bürgerzeitung“ ebenso die Frankfurter „Volksstimme“ u. a. m. Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ ist also mit ihrem Streikbruchgeheul glänzend heringefallen, was wir ihr von Herzen gönnen.

Ferner verbreitete das Blatt der Dortmunder Sozialdemokraten zum Zwecke der Heruntersetzung die Unwahrheiten, unser Verbandsorgan würde vom Kollegen Wieber redigiert und unser Verband sei im Jahre 1894 gegründet worden. Beides ist un wahr. Seit dem 1. Januar 1907 ist Kollege Wieber nicht mehr Redakteur des Verbandsorgans. Unser Verband ist nicht 1894 sondern 1899 gegründet worden.

Auf derselben verlogenen Höhe wie die „Begrüßung“ stand die Berichterstattung und die sonstigen Artikel des Dortmunder Genossenpapiers über unseren Verbandstag. Es ist unnötig, auf diese Unwahrheiten einzugehen. Nur eins sei hervorgehoben aus dem Lügenbrei, das auch von anderen sozialdemokratischen Zeitungen übernommen wird. Das Blatt schreibt nämlich: (Nr. 168):

„Für den Fremden auffallend war . . . wie sich der Vorsitzende Wieber über die Geschäftsordnung hinwegsetzte . . . er fiel einem Redner nach dem andern, die auch etwas zum Geschäftsbericht sagen wollten, ins Wort.“

Diese Injurie ist glatt aus den Fingern gezogen. Kollege Wieber hat in der ganzen Diskussion zum Geschäftsbericht nur einige sachliche Bemerkungen gemacht. Jeder vernünftige Mensch wird sich angezückt der nichtswürdigen Antworten sagen, worauf die Injurien zurückzuführen sind. Die Antwort ist sehr leicht. Sie ist darauf zurückzuführen, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband im Verbreitungsbezirk der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ im letzten Jahre 218 Mitglieder verloren hat. Unser Verband hat dagegen dort eine Zunahme von 708 Mitgliedern zu verzeichnen. Daher die giftigen Ergüsse der „Dortmunder Arbeiterzeitung“. Bedenkt man, daß dieses Blatt schon 1905 den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter mit einem „Kühnen Schläge“ zerschmettern wollte, und daß die Genossen aus dem „Bergmannsputsch“ im Frühjahr 1912 verbeult und zerschunden heimkehrten, dann liegt die Ursache der roten Wut klar auf der Hand. Wir gönnen dem Arbeiter diese Vereinfälle, und sind in diesem Falle sogar herzlich genug, uns der reinsten aller Freuden rückhaltlos hinzugeben. Maßzeit!

Ganz besonders erboht ist die ganze rote Presselemente vom Vortwärts angefangen bis herab zum Winkelblättchen der Duisburger Genossen über die Stellungnahme zur Verleumdungsaktion der „Berliner“. Das Bugisste dabei ist, daß die Genossenschaft, die sonst alle Christlichen durch die Gasse zieht, sich als Beschützer und Wächter der Quertreiber aufspielt. Wir verlieren darüber kein Wort, wollen nur feststellen, daß, wenn irgend etwas den in betracht kommenden Kreisen zeigen kann, wessen Geschäfte „Sich Berlin“ besorgt, dann ist es das Geschäft der roten Presse. Wenn irgend wo, denn hat hier das Wort der alten Römer: „Videant Consules“ seine Bedeutung.

Was die Genossenschaft aus dem Verhandlungsthema: „Deutschlands Zoll- und Handelspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie“ macht, das ist einfach unglaublich. Diese „eblen Seelen“ scheuen selbst vor direkten Fälschungen nicht zurück. Gemeinsam fafelten sie von einer „Harmonie zwischen Christen und Kapital“. Warum eigentlich? weil ein Handelskammersekretär über eine schwierige wirtschaftliche Frage ein Referat erstattete. Auf die Abfuhr, die der Genossenschaft in der Tagespresse und in der vorigen Nr. zuteil wurde, schweigen sie in allen Sprachen. Die Klüngelei, welche die Genossen mit dem Sekretär der Minden-Havensberger Unternehmer vollführten ist so gravierend, daß man es versteht, wenn sie sich auf unsere diesbezügliche Ausapfung staubdumm stellen.

Das Kölner Sozialistenblatt die „Rheinische Zeitung“ leistete sich ungläubliche Frechheiten; um sie seiner leichtgläubigen Gemeinde plausibel zu machen, muß es aber zu einer direkten Unterfälschung seine Zuflucht nehmen. (Dieses Blatt wird in der gleichen Druckerei fabriziert, in der das bekannte Dreißigtausendmark-Schwindelflugblatt das Tageslicht erblickte.) Das Blatt unterstellt (Nr. 168/1912) als habe auf unserem Verbandstag nur Dr. Benck gesprochen, und zwar einseitig zu Gunsten der Großindustrie. Mit keinem Wort erwähnt die „wahrheitsliebende“ Rheinische, daß die zoll- und handelspolitischen Interessen der Kleinrenten- und Fertiginindustrie von Dr. Wege behandelt wurden, der nicht nur Sekretär einer Handelskammer ist, die das wichtigste Kleinrentenobjekt umfaßt, sondern sich auch durch seine schriftstellerische Tätigkeit über die Kleinrentenindustrie einen be-

deutenden Ruf erworben hat. Die „Rheinische“ tut nicht nur der Wahrheit Gewalt an, sondern meingt ihren Drei so entsetzlich widerlich zurecht, um dadurch die christlichen Arbeiterführer verächtlich machen zu können. So ganz nebenbei versucht sie dann auch noch unseren Verband bei der Kleinrenten- und Fertiginindustrie anzuschwärzen. Genau in die entgegengesetzte Kerbe haut ihre Dortmunder Witschweizer. Zum besseren Verständnis des nachfolgenden seien daher die diesbezüglichen Voraussetzungen der beiden roten Blätter nebeneinander gestellt vorausgeschickt.

„Rheinische Zeitung“. Nr. 118 (1912). „Dortmunder Arbeiterzeitung“. Nr. 164 (1912).

„Die zwei, die von ihnen (den Verbandsstagsteilnehmern Red.) gerühmt haben, die Abgeordneten Giesberts und Weder haben ihm zugestimmt.“

„Wichtig aus der Reihe tanzte der anwesende Abgeordnete Weder-Arnberg. Er verdrarb das ganze Konzept . . . Der Stahlwerkverband, erklärte er, habe vor einigen Jahren noch eine Preispolitik betrieben, die für unser ganzes Wirtschaftsleben ein Schlag ins Gesicht gewesen sei.“

Die Tendenz, welche die beiden roten Blätter durch ihre Insinuation verfolgen — natürlich Lügen heibe — ist in die Augen springend. Im Köln-Mülheimer Industriebezirk herrscht die Fertiginindustrie vor. Wie ein roter Faden zieht sich durch den Lügenbrei der „Rheinischen“ das Bestreben, nachzuweisen, als wünschten die Christlichen ohne Rücksicht auf die Kleinrentenindustrie für die Großindustrie einseitig besonders günstige Zollverhältnisse. In Dortmund dagegen, wo die schwere Industrie vorherrschend ist, verucht das sozialdemokratische Blatt durch eine tendenziöse Subjekt den Christlichen beim Stahlwerkverband eins auszuwickeln. Na ja! uns kann schnuppe sein, welche „läbliche“ Nebenabsichten die „großartige Bewegung“ mit ihrer Tendenzmache im Auge hat.

Kollegen, die boshafter veranlagt sind wie wir, meinten uns gegenüber, als sie diese Wagselbilder sozialdemokratischer Redaktionsarbeit sahen: „Otto Hue hatte tatsächlich Recht, als er sagte: „Die Sozialdemokratie sei nicht mehr weit vom Frennhaus“. Wir wollen dieser Meinung nicht widersprechen, sondern wollen nur hervorheben, daß die Sozialdemokraten, nach einem bekannten Parteitagswort christliche Leute sind, die aber mogeln wo sie mogeln können.

Recht aufgebracht ist die Sozialpresse auch über die Feststellung des Kollegen Wieber, daß in den rötlichen Hochburgen die Löhne der Metallarbeiter nicht die höchsten seien. Zum Beweise stellte er die Durchschnittslöhne der Sektionen Dortmund und Essen der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft gegenüber. Darob fauchen nun die Dortmunder, Essener und Rheinische Arbeiterzeitung ganz entsetzlich los. Abzustreiten, wagen sie diese Tatsache nicht. Sie versuchen sich herauszureißen durch den Hinweis auf die niedrigeren Löhne in Schlesien, „wo fromme Unternehmer herrschen“. In den roten Hochburgen läche es aber noch viel besser aus. Den Leuten kann gelassen werden. Im Bereich der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft — in dieser Gegend herrschen die Genossen unumschränkt, im Schwarzburg-Rudolstädter Landtag haben sie sogar die Majorität — sind die Löhne im Vergleich zu Rheinland-Westfalen äußerst gering. Der Durchschnittslohn eines Verarbeiteten betrug im Jahre 1911 bei der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft 1604 Mark, dagegen bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft nur 1228 Mark. Im roten Sachsen-Thüringen stand der Durchschnittslohn also um 376 Mark oder 30 Prozent niedriger wie in Rheinland-Westfalen. Was nun den Hinweis der roten Presse auf Schlesien betrifft, so sind auch wir der Meinung, daß die dort gezahlten Löhne nicht ausreichen. In dem Bezirk ist der Einfluß der christlichen Gewerkschaften sehr gering. Dort dominiert „Sich Berlin“, dem die Sozialdemokraten von Königsberg bis Straßburg und von Stuttgart bis Hamburg sekundieren. Wie lange die nützlichen Zustände in Schlesien noch andauern werden, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls sind die armen Arbeiter eben so lange die Betörten, wie sie sich von „Sich Berlin“ dem die Sozialdemokratie sekundiert, nachführen lassen.

Alles in allem, unsere 7. Generalversammlung liegt den Genossen schwer im Magen. Sie heulen wie die Derrische und fluchen wie die Türken. Das ist Beweis genug, daß wir der roten Sippe äußerst un bequem sind, daß wir marschieren, so wohl an Zahl, wie auch an Ansehen und Einfluß. Unsere Kollegen mögen dafür sorgen, daß dieser Zustand bei der roten Presse nicht nur akut ist, sondern chronisch wird. Wir erreichen dieses Ziel am besten durch die Zuführung aller christlich-nationalen Metallarbeiter in unseren Verband.

### Alles und Neues über Email.

Von Dr. Pohl. Nachdruck verboten.

(ATK.) II.

Es sind viele Versuche gemacht worden, als Trübungsmittel andere Stoffe als Zinnoxyd zu verwenden. Beim Zinnoxyd spielt ja auch der Preis eine große Rolle. Als solche Ersatzstoffe sind Kohlenäthe, Kryolith und andere Fluorverbindungen, wie Flußpat, Fluoraluminium, Fluornatrium und Kieselfluornatrium, ferner Titanäure und Titanverbindungen, Verbindungen des Antimon, Phosphat des Calciums, Strontiums und Bariums, außerdem Zirkonoxyd und Ceroxyd empfohlen worden, die jedoch nicht immer infolge ihrer Eigenschaften verwendet werden können. Auch liefern sie nicht immer so glänzende Ueberzüge auf den Gegenständen, wie das bei Verwendung von Zinnoxyd der Fall ist.

Das größte Interesse konzentriert sich auf den Kryolith, der in grönländischen Gebirgen vorkommt, aber im Preise noch zu teuer war. Bald wurde ein künstlicher Kryolith auf den Markt gebracht, dessen Preis nicht so hoch ist. Die Bedeutung dieser Fluorverbindungen soll nun darin beruhen — entgegen der Annahme der meisten Fachleute, daß infolge des niedrigen Schmelzpunktes und der Dünnflüssigkeit ihrer Salze der Schmelzpunkt der gesamten Masse herabgesetzt wird. Im Schmelzfluß nun verflüchtigt sich das Fluor mit dem Silicium der Kieselsäure als Kieseltetrafluorid. Bei dieser Umsehung entsteht Natron, das sich mit der Kieselsäure und Boräure zu Salz verbindet. Es geht daraus hervor, daß Fluor an sich keinen Einfluß auf die Trübung des Glases ausübt; denn

in einem gut durchgeschmolzenen Glase ist Fluor nur in sehr geringen Mengen oder kaum noch nachweisbar. Die beständige Trübung soll also nach dieser Auffassung nur durch Tonerde oder eine Silicierungsstufe derselben hervorgebracht werden. Demgegenüber wird nun behauptet nach Untersuchungen, die von Maher und Bela Havas im Laboratorium des Chemisch-Technischen Instituts der Technischen Hochschule in Karlsruhe ausgeführt worden sind, daß dem Kryolith doch ein sich Trübungsvermögen zukommt und Fluor in dem Schmelzfluß, wenn auch in geringer Menge, stets zurückbleibt.

Kryolith aber soll die Glasur spröde machen. Die anderen oben genannten Trübungsmittel sind in einer Reihe von Patentchriften beschrieben worden, von denen hier die hauptsächlichsten mitgeteilt werden sollen.

So hat die Chemische Fabrik Giltrow Dr. Hillringhaus und Dr. Heilmann in Giltrow (i. M.) ein Patent (Nr. 189 364 Klasse 32b) auf ein Verfahren zur Herstellung getrübtter Gläser und Emailen genommen, nach dem als Trübungsmittel Zirkonoxyd oder bei billigeren Emailen zirkonoxydhaltige Stoffe, wie Zirkonerde, verwendet werden. Man hat nun, je nach der Herkunft des Minerals, in Folge der darin enthaltenen Beimengungen von Eisen, Wolfram, Chrom, Cer usw. gelbliche, braune und graue Emailen von einer sehr schönen, gleichmäßigen Färbung.

Nach einem anderen Patent (Nr. 207 001 Klasse 48 c) der genannten Firma verwendet man neben der Titansäure als Trübungsmittel die Oxydverbindung des Kobalts, um den gelblichen Farbton, der durch Titansäure hervorgerufen wird, zu decken. Das Verfahren ermöglicht also die Herstellung einer in Bezug auf Säure beständigeren Glasur als Zinnemail.

Rickmann & Rappe, G. m. b. H., Kall bei Köln, haben laut Patentschrift 203 773 Klasse 48 c zuerst Ceroxyd und solche Cerverbindungen, die in der Glühhitze in Oxyd übergehen — wie beispielsweise Carbonat (kohlen-saures Cer) — als Ersatz für Zinnoxyd herangezogen. Diese Verbindungen werden mit dem fertig geschmolzenen Email, ähnlich wie Zinnoxyd, vermahlen und hierauf auf Blech gebrannt. Es wird dadurch erreicht, daß das Oxyd nur kurze Zeit der Hitze ausgesetzt wird und infolgedessen die Trübung bestehen bleibt. Das auf diese Weise erhaltene Email soll prachtvoller Glanz und starke Deckung zeigen. Ähnliche Effekte lassen sich erzielen, wenn man statt des chemisch reinen Ceroxyds ein Gemenge der verschiedenen Cererden anwendet, die bei der Gewinnung von Thoriumnitrat als Nebenprodukte abfallen. Es ist beobachtet worden, daß, je höher der Gehalt an Cer ist, desto weißer der Schmelzfluß ausfällt.

Von Reinhard F. Wagner in Halle an der Saale ist in der Patentschrift 179 440 Klasse 48 c ein Verfahren zum Emailieren von Eisenwaren unter Verwendung von Erbaltafiphosphaten als Mittel zur Steigerung der Feuerbeständigkeit und zwecks Herstellung einer beim Brennen beständigen Trübung des Emailüberzuges beschrieben worden. Das Verfahren besteht darin, daß Mischungen von schwer schmelzbaren Gläsern, die Phosphate des Calciums, Strontiums oder Bariums oder mehrere dieser Phosphate enthalten, mit leichter schmelzbaren Borosilicatgläsern aufgebracht werden. Als Borosilicatgläser werden namentlich solche benutzt, die einen großen Gehalt an Fluoraluminium und Tonerde oder von beiden Stoffen aufweisen. Diese Borosilicatgläser sollen als Glasflüsse und Flußmittel dienen und durch die Verwendung der

### Volkswirtschaftliche Rundschau

Die Ansichten für die Entwicklung unserer Wirtschaftslebens sind augenblicklich keine ungünstigen. Selbst wo man ihr mit Misstrauen entgegensteht, glaubt man doch, daß wir dieses Mal auch beim Niedergang der Konjunktur von einer befremdenden Krise verschont bleiben und eine Abschwächung ohne die bekannten kampfhaften Zuckungen des Wirtschaftsorganismus eintreten werde. Ein nicht unwesentliches Moment für die günstigere Beurteilung unserer Lage ist in dem allenthalben günstigen z. T. außerordentlich günstigen Stande der landwirtschaftlichen Ernten zu suchen. Der erste Futterschnitt, der in diesem Jahre infolge der günstigen Witterungsverhältnisse recht frühzeitig vorgenommen werden konnte, hat der Landwirtschaft über die durch den letztjährigen Ausfall des zweiten Schnitts drohende Futternot hinweggeholfen, so daß sie nicht gezwungen ist, ihren Viehbestand in unrationeller Weise zu vermindern. Der bisherige Stand des zweiten Futterschnittes in diesem Jahre hat durch den Witterungsumschlag in der vorletzten Juliwocche nur all Ansichten gewonnen. Die Befürchtungen, die sich an den letzteren für die Getreiderente anschließen, sind ohne Begründung gewesen, da der Regen ja nur ganz kurze Zeit anhält. Die Ansichten für alle Arten von Getreide werden als außerordentlich günstig geschätzt, besonders in Amerika — spricht man von Rekorderten.

Wie jedes Jahr, so müssen auch dieses Mal wieder die verschiedenen Saatenstandsberichte und Gerüchte die Grundlage für die Spekulation bilden, und es ist charakteristisch, daß sofort bei dem genannten Wetterumschlag eine starke Saufe einsetzt, die aber jetzt wieder normalen Verhältnissen gewichen ist.

Neben dem Getreide ist besonders der Zucker ein beliebtes Spekulationsobjekt der Produzentenbörsen. Unsere Leser werden sich noch erinnern können, welchen Einfluß die Spekulation auf die Zuckerpriese im letzten Jahre ausgeübt hat. Gewiß blieb die Zuckerrübenenernte infolge der lang anhaltenden Trockenheit hinter dem Bedarf zurück, und diese Tatsache hat zweifellos auch preissteigernd gewirkt — noch mehr aber die Aufkäufe, die gewissenlose Spekulantenvorgeworfen haben, um dann beim Eintreten lebhafter Nachfrage die in ihren Händen befindlichen Mengen gegen Monopolpreise loszuschlagen. Auch in diesem Jahre ist der Zuckermarkt schon stark beunruhigt worden; von einer Hauptgruppe wurden wieder große Aufkäufe vorgenommen, die eine Art Panik hervorriefen. Der günstige Vortand fehlte aber dieses Mal den Spekulantent — denn der momentane Stand der Rübenenernte ist keineswegs schlecht — eher gut! Man ersieht klar aus diesen Tatsachen, welchen Wert das Deuerungsgeheim gerade unserer größten Handelspressen im vergangenen Jahr gehabt hat. „Saltet den Vieh“ schrieb man, um die eigenen Sünden zu verbergen und zu fördern. Es ist interessant, daß man überall für die weitere wirtschaftliche Entwicklung aus dem Ausfall der Ernten so günstige Wirkungen erhofft. Es ist ja selbstverständlich, daß Handel und Industrie den größten Vorteil davon haben. Aber während man diese Interessensolidarität in Börse- und Handelskreisen (in der Industrie weiß man das schon längst) jetzt unumwunden zugibt, wenn es gerade den Zwecken und den Vorteilen entspricht, gründet man Organisationen mit dem ausgesprochenen Kampfwort gegen die heimische Landwirtschaft, fordert man gleichermassen zum Schaden für sie und die Industrie eine Aenderung unserer Wirtschaftspolitik, die allein den Interessen des von den großen Verbänden immer mehr zurückgedrängten Handels entgegenkommt, aber die Landwirtschaft und zum großen Teil auch die Industrie nur allzu leicht an den Rand des Verderbens bringen würde.

Der Arbeiter steht mitten in dieser Interessensolidarität, denn trägt das Blühen der Landwirtschaft zum Gedeihen der Industrie bei, so dieses zum Vorteil der Arbeiterschaft. Für die Lebenshaltung des Arbeiters hat die letztjährige Trockenperiode im ganzen einen ungünstigen Einfluß ausgeübt. Die Fleischpreise sind zwar kurze Zeit etwas zurückgegangen, dafür sind aber alle anderen Lebensmittel — Gemüse und vor allem Kartoffeln — ungeheuer im Preise gestiegen. Werden die Hoffnungen, die man dieses Jahr auf den Ausfall der Ernte in durchaus begründeter Weise setzt, auch nur einigermaßen erfüllt, so werden wohl

schwer schmelzenden Phosphatgläser soll erreicht werden, daß im Verlauf des Brennens die Glasüberzüge zähflüssig werden und eine starke, dauerhafte Trübung erfahren.

Die Emailfarben wurden aus Oxiden der Schwermetalle hergestellt. Weißes Email bereitet man folgendermaßen: Man stellt zunächst eine Legierung von 1 Teil Zinn und 6 Teilen Blei her, die man durch Röhren oxydiert. (Zinnasche.) Diese wird nun sehr fein gepulvert und geschlämmt. Diese feinsten beim Abschlämmen erhaltenen Teile werden darauf mit 6 Teilen feinem Sand, einem Teil Pottasche und 1 Teil Soda gemengt und im Tiegel zusammengeschnitten. Purpurrotes Email wird durch Zusatz von etwa 1 Prozent Goldpurpur erzielt; schwarzes Email mit Hilfe von Braunstein, Blei und Kobalt; grünes durch Zusammenschmelzen eines Gemisches weißen Emails mit Eisenoxyd und Kupferoxyd; blaues mit Hilfe einer Schmelze von Quarz, Mennige, Pottasche, Braunstein, Borax und sehr wenig Kobaltoxydul, gelbes Email erhält man durch Zusatz von Uranoxyd.

Zum Schluß sei noch auf eine Methode von J. B. Shaw (Transact. of the Amer. Ceram. Soc. 12. Jahrgang 1910, 463-493) zur Beurteilung weißen Deckemails von emailierten Blechgefäßen hingewiesen, die darin besteht, daß man Gefäße von einem bis zwei Liter Inhalt nach dem Reinigen mit destilliertem Wasser etwa 15 Minuten lang mit einer einprozentigen Lösung von Schwefelsäure auskocht und den Gewichtsverlust pro Flächeninhalt berechnet. Nach dieser Untersuchungsmethode von Shaw ist ein Email, das 8 Milligramm pro Quadratmillimeter oder 1,24 Milligramm pro Quadratcentimeter verliert, durchaus sicher vor Zersetzung durch Säuren, wie sie im Haushalt vorkommen. Die Löslichkeit ist in einer Lösung, die etwa ein Prozent Schwefelsäure enthält, größer, als in 70prozentiger Essigsäure. Die Löslichkeit steht in Beziehung zum Vorzäure-Gehalt und der Menge der Zinnersäure, und zwar nimmt sie mit steigendem Zinnersäuregehalt und mit sinkendem Vorzäuregehalt ab.

auch die Preise für die verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte wieder normaler — wenn nicht die Spekulation die günstigere Preisgestaltung von Seiten der Produzenten für sich absorbiert. Um dieser Möglichkeit zu entgehen, sollten die Konsumenten — und vor allem die Arbeiter — sich genossenschaftlich zusammenschließen, in Konsum- oder anderen Vereinen, um direkt vom Produzenten bezichen zu können. Der Zwischenhandelsgeinn würde als Ersparnis jedem einzelnen Mitglied zugute kommen. Will man das erreichen, so ist allerdings jetzt die höchste Zeit, sich in der angebotenen Richtung zu organisieren, denn sonst steht man ungerüstet da. Eine solche Rüstung muß um so eher in Angriff genommen werden, als die Fleischpreise durch den günstigen Stand der Ernte eine Erhöhung erfahren werden, die teilweise bereits eingeleitet hat. Vielleicht verstehen sich unsere gesetzgebenden Repräsentanten doch noch — in Erwägung des herrschenden relativen Viehmangels besondere wirtschaftliche Maßnahmen, die ja aus allen Parteien heraus gefordert werden, zu ergreifen, um weiteren Kreisen den Fleischkonsum wieder zugänglich zu machen.

Ein sicheres Zeichen einer günstigen Wirtschaftsentwicklung ist der gesteigerte Güterverkehr auf den Eisenbahnen. Der Juni weist ja nun gegen den Mai einen Rückgang auf (die Einnahmen bezifferten sich im Mai auf 176 Mill. Mark, im Juni auf 172), er ist aber weiter nicht bedenklich, da er zum großen Teil in der Jahreszeit seine Begründung findet. Auch die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind um eine Kleinigkeit zurückgegangen, von 89,10 Mill. M. auf 88,37 Mill. M. Gegen den gleichen Monat im Vorjahr sind die Einnahmen aus dem Güterverkehr um nahezu 18 Millionen gestiegen, die aus dem Personenverkehr um annähernd 6 Mill. gefallen. Die Einnahmen im ersten Halbjahr weisen im gesamten Verkehr im Vergleich mit derselben Zeit des Vorjahres eine Steigerung von 107 Mill. Mark auf.

Wenn etwas den günstigen Eindruck, den die beiden bisher erwähnten Tatsachen für die fernere Entwicklung unseres Wirtschaftslebens hervorgerufen haben, beeinträchtigen konnte, so war es das neuerliche Vorgehen Italiens gegen die Türkei, durch das eine zweite Sperrung der Dardanellen in bedrohliche Nähe gerückt ist. Sie wäre besonders jetzt für unseren Handel außerordentlich empfindlich gewesen, wo die großen Getreideverschiebungen vor der Tür stehen. Das Kaiserliche Statistische Amt hat vor kurzem die Zahlen veröffentlicht, die eine Gesamtbeurteilung unseres auswärtigen Handels im ersten Halbjahre 1912 zulassen. Die Einfuhr ist demnach um 9,54 Mill. T. gestiegen. Davon entfällt die Hauptsache, was als Charakteristikum für die Entwicklung für die Metallindustrie hervorgehoben zu werden verdient, auf Erze und Schlacken. Die Ausfuhr hat sich um über 30 Mill. T. gesteigert. Neben Kohlen nehmen hier Eisen und Eisenlegierungen den Hauptanteil für sich in Anspruch.

Eine besonders hohe Ausfuhrzahl weist Roheisen mit 80 228 To. auf; d. i. 20 000 To. mehr als im Juni des Vorjahres. Nicht ganz so stark, aber immerhin sehr beträchtlich ist die Ausfuhr an Werkzeugen gestiegen, von 41 000 auf 58 000 Tonnen, Träger und Schienen wurden je ca. 20 000 To. mehr ausgeführt als 1911. In der Ausfuhr zurückgegangen sind Draht und Drahtstifte, was in der Lage der Industrie keine volle Erklärung findet. Außerordentlich günstig hat sich der Export von Eisenbahnüberbaumaterial entwickelt — in Eisenbahnschienen und Eisenbahnschwellen ist er gewaltig gestiegen. England und Schweden traten als unsere besten Konsumenten auf.

Das letzte Mal habe ich erwähnt, daß die Roheisenproduktion sich sehr günstig gestaltet. Gilt das im allgemeinen, so besonders auch für Oberschlesien, dessen Industrie durch die infolge eines billigen Ausnahmetarifs ermöglichte Zufuhr der Erze vom Siegerland viel gewonnen hat. Die Produktion hat sich im ersten Halbjahre 1912 um über 37000 Tonnen gesteigert. Die Hochöfen sind bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt; das gilt nicht nur für Oberschlesien, sondern ebenso sehr für den süddeutschen und den lothringisch-luxemburgischen Markt. Von hier und dort werden Rekordziffern der Roheisenproduktion gemeldet, was bei dem teilweise zu Tage tretenden Mangel an Rohstoffen nicht verwunderlich erscheint. Die Preise für Roheisen sind durchaus fest. Der Auftragsbestand beim Roheisenverband beträgt 2,9 Mill. To. Der Halbzugmarkt hat sich nicht geändert, er ist nach wie vor sehr fest. Der Stahlwerkverband ist infolge des 3. Quartals mit Aufträgen überhäuft, obgleich er den Preis pro Tonne Halbzug um 5 Mark erhöht hat. Der Markt in Eisenbahnmateriale und Formeisen ist andauernd sehr fest.

Soeben veröffentlicht die „Köln. Zeitung“ die Beteiligungsziffern im Stahlwerkverband vom 1. Juli an. Die größten Beteiligungsziffern weisen auf Deutsch-Lugemburg mit 569 763 To. oder 9,1% der Gesamtbeteiligung, Friedr. Krupp A.-G. mit 525 827 To. oder 8,4%, Ber. Hüttenwerke Burbach-Eich-Dübelungen mit 521 474 T. oder 8,4%, dann folgt die Böhmer A.-G. und die Thüßenschen Werke. Die Gesamtbeteiligung an Halbzug beläuft sich auf 1,3 Mill. To., an Eisenbahnmateriale auf 2,5 Mill., und an Formeisen auf 2,4 Mill. To. — insgesamt 6,2 Mill. To.

Aus interessierten Kreisen hat man sich i. St. viel Mühe gegeben, die auch von uns konstatierten Preisunterbietungen von Stabeisen als möglichst harmlos und ohne Bedeutung hinzustellen. Nunmehr gesteht man, wenn auch etwas verschämt, zu, daß der Stabeisenmarkt tatsächlich eine gewisse Schwäche gezeigt habe. Diese hat sich nun allem Anschein nach wieder gehoben, denn sonst wäre es nicht zu erklären, daß Stabeisen an der Produktenbörse in Düsseldorf eine Preissteigerung erfahren hat. Die Ursache soll in erster Linie in einem Walzenbruch eines Werkes der Gelsenkirchener Aktiengesellschaft zu suchen sein. Die Werke sind durchweg stark beschäftigt und an Aufnahme neuer Aufträge könne kein Werk denken — vielleicht deshalb, weil sie sowieso nur ganz spärlich herinkommen?

Der Drahtmarkt ist, was die Beschäftigung betrifft, in vorzüglicher Verfassung, doch wird vielfach über die Preise geklagt, das Gleiche gilt von der Drahtstiftfabrikation; wenn hier auch die Preise infolge der starken Nachfrage etwas anziehen konnten, sind sie doch noch keineswegs befriedigend. Vom Blechmarkt verläuft in letzter Zeit eine gewisse Ruhe, wenigstens was den Eingang neuer Aufträge betrifft. Doch ist das bis jetzt noch ohne weitere Bedeutung, da die Werke noch auf lange hinaus voll beschäftigt sind. Die übrigen Sparten unserer Industrie haben eine Aenderung nicht erfahren. Ebenso ist die Lage im Ausland nach wie vor sehr günstig.

### Aus der Arbeiterbewegung.

#### Der christliche Holzarbeiterverband

hielt in der Woche vom 14. Juli, also gleichzeitig mit unserm Verband, seine 7. Generalversammlung in Barmen ab. Auch die christlichen Holzarbeiter können, wie unsere Kollegen, auf eine schöne Entwicklung ihres Verbandes in den letzten zwei Jahren zurückblicken. Das auf dem letzten Verbandstag in Münster gestellte Ziel, es von den damaligen 11 312 bis zur nächsten Tagung auf 15 000 Mitglieder zu bringen, hat der Verband mit zurzeit 17 300 Mitgliedern erheblich überbritten. Ein solcher Erfolg war für ihn noch in keiner Berichtsperiode zu verzeichnen. In ähnlich günstiger Weise entwickelten sich auch die Massenverhältnisse. Der Vermögenszuwachs in den letzten zwei Jahren beläuft sich auf 254 000 M., das Verbandsvermögen erreichte Ende 1911 die Summe von 570 000 M. An Unterstützungen wurden in den zwei Berichtsjahren rund 341 000 M. ausbezahlt und bis Ende 1911 195 Tarifverträge abgeschlossen. Unter den 1202 Uebertritten aus anderen Verbänden befanden sich 975 aus sozialdemokratischen Organisationen; aus den „Berliner“ Stadtabteilungen traten 31 Mitglieder zum christlichen Holzarbeiterverband über. Von der gefundenen Konstitution des Verbandes legt übrigens auch das Altersverhältnis seines Mitgliederbestandes Zeugnis ab: nahezu zwei Drittel seiner Mitglieder stehen im Alter bis zu 30 Jahren. Die zu guter Zukunftshoffnung berechtigende junge Kraft überwiegt also im Verband.

Neben den üblichen Berichten des Vorstandes standen als selbständige Punkte auf der Tagesordnung: Lohnbewegungen, der Arbeitsnachweis im Holzgewerbe und die Heimarbeit. Bei Behandlung des ersten Punktes kam zum Ausdruck, daß im Holzgewerbe in der Regel mit gut ausgebauten Arbeitgeberverbänden bei Lohnbewegungen besser auszukommen sei, wie mit manchen lokalen Arbeitgebergruppen, Zünften etc. Eine von der sozialdemokratischen Presse ausgehende Verleumdung, die „Neben Werber in Ehrlich“ hätten bei der großen Bewegung im Ruhrgebiet die Bestrebungen, die Arbeitszeit zu verkürzen, „schwer gemacht“, wurde von Delegierten aus dem Ruhrgebiet mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Weiter soll vor allen Dingen darauf hingewirkt werden, daß der Verband in allen Tarifinstanzen vertreten sei.

In der Arbeitsnachweisfrage legte der Verbandsvorsitzende Kollege Kortscheid in Kürze die Stellung des Verbandes dar, und eine Anzahl Delegierter berichtete über die Erfahrungen, welche an einzelnen Orten insbesondere mit den obligatorischen Arbeitsnachweisen gemacht wurden. In einer einstimmig zu dieser Frage gefaßten Resolution stellt der Verbandstag an den nächsten christlichen Gewerkschaftskongress den Antrag: „dem Reichstag eine Petition zu unterbreiten, durch welche die reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsvermittlungswesens in dem Sinne angestrebt wird, daß a) Minimalforderungen und Vorschriften für alle Arbeitsnachweise ähnlich wie für die Krankenversicherung erlassen, und b) Mißbräuche bei der Arbeitsvermittlung verboten werden.“

Referate über die Heimarbeit erstatteten die Kollegen Schwaner-München und Reichstagsabg. Behrens-Essen. Ersterer unterbreitete dem Verbandstag ein umfangreiches Tatsachenmaterial über die traurigen Verhältnisse in der Heimindustrie. Letzterer verbreitete sich eingehend über die gesetzliche Regelung der Heimarbeit, wie sie durch das Hausarbeitgesetz vorgelesen ist. Eine Resolution gelangte sodann zur Annahme, die auf die ungelungenen Zustände in der Hausarbeit hinweist, die Heimarbeiter der Hilfe des Verbandes bei Durchführung der Schutzbestimmungen versichert und sie zur gewerkschaftlichen Betätigung auffordert.

Miles in allem dürfen die christlichen Holzarbeiter mit Stolz und Befriedigung auf ihren 7. Verbandstag zurückblicken. 20 000 Mitglieder ist das Ziel, welches sie ihrer Werbetätigkeit für die nächste Etappe gestellt haben — und der ganze Verlauf ihres Verbandstages gibt die Gewähr, daß sie ihr Wort einlösen werden. Und wir christlichen Metallarbeiter?! Wir haben noch weit größere Massen zu gewinnen und wollen und dürfen uns deshalb an Eifer in der Agitation von den Holzarbeitern nicht übertreffen lassen.

### Rundschau.

Auf dem Verbandstag der süddeutschen Schlossermeister, welcher in der Vorwoche in Freiburg tagte, wurde nach Berichten der Tagespresse über das Gebaren eines Teiles des Schmiedegewerbes Klage geführt, welches vielfach Arbeiten ausführe, die eigentlich auf dem Gebiete der Schlosserei liegen. Zur Beseitigung von Mißständen im Lehrlingswesen meinte der Verbandsvorsitzende Nikolaus-Mannheim, es sei notwendig, eine 3½-jährige Lehrzeit für den Schlosserberuf obligatorisch festzusetzen. Im Handwerkskammerbezirk Würzburg habe man damit den Anfang gemacht, folglich werde es anderswo auch durchführbar sein. Uns will scheinen, daß es ganz gut möglich ist, einen Gehelung in drei Jahren auszubilden. Man möge nur mit der Ansitze aufräumen, die Lehrlinge in der ersten Zeit als Laufburschen zu brauchen.

Die Kontingentierung der Produkte B im Stahlwerkverband ist seit dem 1. April ds. J. in Wegfall gekommen. Die Rückwirkungen dieser Maßregel müßten jetzt einigermaßen zu übersehen sein. Der W. B.-G. hat die Leiter einer Anzahl großer Werke befragt, wie sie die Rückwirkungen beurteilen. Nachstehend einige der eingegangenen Antworten:

Die Verwaltung der A.-G. Böhning stellt fest, daß nachteilige Folgen des Wegfalles der Kontingentierung bis jetzt nicht zu bemerken seien. Anders stelle sich die Sache, wenn die großen neugebauten Hüttenwerke, sowie die neuen Anlagen auf den vorhandenen Hüttenwerken mit ihren Produkten B, besonders mit Stabeisen und Blechen, auf den Markt kommen werden, was gegen das Ende des Jahres zu erwarten stehe. Die Verwaltung der A.-G. Böhning äußert ihre Ansicht über die vorzunehmenden Folgen der Vermehrung der Erzeugung von Produkten B folgendermaßen:

„Es gehört schon eine außerordentlich günstige Marktlage dazu, um diese großen, neu hinzukommenden Mengen ohne Preisdruck aufzunehmen. Die Werke sind in der Folgezeit nicht nur in der Lage, die Herstellung der Produkte B beliebig auszubehalten, sie können auch jederzeit die Herstellung eines Produktes B, das sie bisher gar nicht erzeugten, aufnehmen, während dies nach den Bestimmungen des abgelaufenen Verbandes nicht zulässig war. Eine Abhilfe der hiernach zu erwartenden ungesündlichen Vermehrung der Erzeugung von Stabeisen, Blechen, Draht, Röhren sowie Guß- und Schmiedestücken könnte nur die Bildung von Verbänden in den wichtigsten dieser Artikel herbeiführen (?). Die Aufnahme bezüglicher Verhandlungen ist auch beabsichtigt und wohl nur deshalb hinausgeschoben worden, weil augenblicklich ein Bedürfnis nach Verminderung der Erzeugung nicht vorhanden ist.“

Nachlich spricht sich der Leiter einer großen westfälischen Eisenhandelsfirma aus. Er schreibt:

Die ungünstige Rückwirkung, welche man von der Aufhebung der Kontingentierung der Produkte B erwartete, ist, soweit die Preisfrage in Betracht kommt, dank der immer noch ausgesprochenen Beschäftigung der Werke, im großen und ganzen bisher nicht eingetreten. Dagegen sind wir der Meinung, daß mit der bevorstehenden Fertigstellung der hauptsächlichsten neuen Erzeugungsmaschinen Uebererzeugung in den verschiedenen Produkten B zu verzeichnen sein wird, welche naturgemäß geeignet sein dürfte, auf die weitere Entwicklung des Marktes hemmend einzuwirken. Dabei kommt es allerdings wesentlich darauf an, ob und wie lange es möglich ist, den Werken ihrer erhöhten Erzeugung entsprechende Aufträge zu verschaffen. Als erster Artikel, welcher diese Prüfung durchzumachen hat, ist Universalblech anzusehen, welches bislang besonders hoch im Preise stand, insofern der vom Monat August ab eintretenden erheblichen Mehrerzeugung jedoch durchschnittlich um 5 M. die Tonne im Preise nachgegeben hat. Die nächste Schwierigkeit aus der eingangs erwähnten Aufhebung der Kontingentierung dürften die Verhandlungen wegen der Erneuerung des Walzdrahtverbandes zeitigen.

Aus der Metallindustrie. Der Rohgewinn der vereinigten Stahlwerke von der Thyen und Wessener Hütte beträgt nach Abzug der Handlungsunkosten und Steuern 3 144 178 Mark (im Vorjahr 2 114 047 M.). Nach Abschreibungen von 833 832 M., Zuweisung zum Hochofen-Erneuerungsfonds von 50 000 M., sowie nach Abzug der Anleihezinßen verbleibt ein Reingewinn von 2 126 346 M. Dazu tritt der Gewinnvortrag von 1 022 718 M. (1 019 474 M.). Die Dividende beträgt 12%. Das erst am Ende des Monats April in Betrieb genommene Weiskohlewerk hat zu dem Jahresgewinn noch nicht beigetragen. Dem Bestande zur Erneuerung der Anlagen des Werkes sollen 300 000 M. zugewiesen und 1 026 119 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Eisenhüttenwerke erzielt nach ca. 200 000 M. Abschreibung einen Reingewinn von 398 000 Mark zu folgender Verwendung: Sonderauslage 30 000 M., 9 Prozent Dividende = 243 000 Mark, Vergütungen an Vorstand, Aufsichtsrat und Beamte 48 626 M., Vortrag auf neue Rechnung 77 022 M. — Beim Harzer Walzwerk zeigt der Abschluß gegen das Vorjahr folgendes Bild: Betriebsgewinn 836 198 M. (828 569 M.), Reingewinn 558 631 M. (505 284 M.), Dividende 13% (12%), Dividendenzahlung 260 000 M. (134 400 M.), Gewinnvortrag 262 612 M. (27 121 M.).

Keinen Geschäftsbericht gab's auf dem Verbandstage des (Roth'schen) Württembergischen Eisenbahnerverbandes, eine Sensation, die dem weiteren Verlauf der ganzen Verhandlungen ihren deprimierenden Stempel aufdrückte. Herr Generalsekretär Roth erklärte nämlich den verblüfften Delegierten, daß ein Kassenbericht der Generalversammlung nicht vorgelegt werden könne. Die Bücher seien einem vereidigten Bücherrevisor übergeben worden zur Prüfung, weil innerhalb der Vorstandschaft ihm gegenüber der ungeheuerliche Vorwurf erhoben worden sei, es seien einige tausend Mark für ihn für Privat Zwecke ausgegeben worden. Nur soviel ging aus den Ausführungen Roths hervor, daß das Verbandsvermögen weiter vermindertgegangen ist.

Diese Mitteilungen ihres Generalsekretärs erregten bei den Delegierten ein mehr wie peinliches und unliebsames Aufsehen. Die Debatte nahm teilweise recht erregte und scharfe Formen an. Dabei zeigte sich, daß innerhalb der Vorstandschaft des Roth'schen Eisenbahnerverbandes tiefgehende Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein müssen. Ein Beweis dafür war die Erklärung eines Vorstandsmitgliedes namens Holler, daß er und vier weitere Vorstandsmitglieder ihre Ämter niederlegen und die Beibehaltung des alten Vorstandes (gemeint ist die jetzige Leitung) jedenfalls zu einer noch größeren als der letzten Krise führen werde. Ein anderes Vorstandsmitglied beschwerte sich darüber, daß trotz dieser mißlichen inneren Verhältnisse Herr Roth noch acht Tage vor der Generalversammlung nach München auf Urlaub gefahren wäre.

Herr Roth wußte auf die schwerwiegenden Anklagen nicht viel zu erwidern und muß nach den Berichten der Tagespresse eine klägliche Rolle gespielt haben. Nach dem „Hohenstaufen“ (Wuppinger Tageblatt) stellte er sich den Mitgliedern „jederzeit zur Verfügung“, falls sie der Ansicht wären, daß er seinen Platz nicht ausfülle. Von einer Entlastungsentscheidung wollten die Delegierten angesichts der finanziellen Sachlage naturgemäß nichts wissen. Da hat Roth um gutes Wetter, d. h. um Entlastung für seine Tätigkeit nach außen hin, die ihm denn auch gegen eine Minderheit von 10 Stimmen gnädigst gewährt wurde. — Vom ersten gewerkschaftlichen Standpunkt das reinste Possenspiel: Entlastung nach außen hin, während das Organisationsgebäude nach innen zusammenbricht.

Die der Zentralkommission der Christlichen Gewerkschaften Österreichs angeschlossenen christlichen Verbände zählten Ende 1911 45 323 Mitglieder; mit den nichtdeutschen Vereinen zusammen ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten christlichen Arbeiter auf 82 050 gestiegen. Die Organisation ist in erfreulicher Weise vorgeschritten, so haben sich jetzt die polnischen christlichen Gewerksvereine der Zentralkommission angeschlossen. Auch die finanziellen Verhältnisse bessern sich. Die Zentralverbände hatten im Jahre 1911 755 816 Kronen Einnahme, im Jahre zuvor nur 693 655. Die Ausgaben erhöhten sich von 483 381 auf 524 298 Kronen, das Gesamtvermögen von 261 408 auf 311 045 Kronen. Von den Ausgaben fiel der größte Teil, 236 979 Kronen, auf Unterstützungen.

Der sozialdemokratische Bäderverband verwickelte an eine Anzahl Bädermeister von Bad Reichenhaller ein Rundschreiben, dessen Hauptteil folgendermaßen lautet: „Um Sie vor einer Geschäftsschädigung zu schützen, bin ich beauftragt, Ihnen die Erklärung der organisierten Arbeiterschaft mitzuteilen, dahin lautend, daß dieselben beim Einkauf von Brot nur mehr die Betriebe berücksichtigen werden, in denen organisierte Gehilfen beschäftigt sind.“ In Bad Reichenhaller arbeitete ein unorganisierter Bädergehilfe, namens Stallinger; er ist ein bejahrter Mann und Vater von neun Kindern. Dieser Kollege verlor durch das Rundschreiben seine Arbeitsstelle, und die Bädermeister sind zu seige, ihn wieder einzustellen, weil sie den roten Vorbildern nachhaken. Stallinger verklagte darauf den dortigen Leiter der „Freiheits“-Organisation, und wurde dieser denn auch zu 28,50 M. Schadenersatz verurteilt, weil die Handlungsweise der Genossen gegen die guten Sitten verstoße.

Die roten Bäder in Bad Reichenhaller scheinen gelehrige Schüler der roten Bäderzeitung zu sein, die seinerzeit schrieb: „Der Terrorismus der Gewerkschaften ist hochmoralisch, weil kulturfördernd, wenn auch der Drafse des Strafgesetzes daneben lauert.“ Dieser Fall weist aber auch ein eigentümliches Licht auf die Bädermeister.

Dem 24ständigen Generalstreik in Zürich widmet das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mehr wie andertthalb Spalten. Natürlich geht es auch hier nicht ohne Anrempelung der christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Arbeiter werden mal wieder Streikbrecher geschimpft, weil sie sich nicht vor den roten Karren spannen ließen. Näher auf die Einwürfe der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung einzugehen, erübrigt sich. Die christliche Arbeiterschaft Zürichs hat ihrer Meinung zur dortigen Lage in einer großen Versammlung Ausdruck gegeben durch die Annahme folgender Entschliessung:

„Die heute den 11. Juli 1912 im Gefellenhaus am Wolfbach versammelte christlich-soziale Arbeiterschaft Zürichs nimmt Stellung zur gegenwärtigen Gewerkschaftslage am Plage Zürich und erklärt folgendes:

1. Die christlich-soziale Arbeiterschaft von Zürich verurteilt die schematische Heranziehung von sog. „Berufsstreikbrechern“ nach Zürich, weil dadurch die gewerkschaftlichen Kämpfe verwickelt, die Arbeiterschaft bei der Geltendmachung ihrer Forderungen beeinträchtigt wird und weil diese Elemente, die keine allgemeine Arbeitersolidarität kennen, vom sozialen Standpunkte aus beurteilt, aus verwerflichen Motiven ihre Dienste anbieten.
2. Im Hinblick auf die Vorkommnisse bei den gewerkschaftlichen Kämpfen dieses Frühjahrs und Sommers können wir uns einem Proteste gegen das Streikpostenverbot des Stadtrats nicht anschließen. Wir bedauern, daß ein solches Verbot notwendigerweise erlassen werden mußte. Die Schuld daran trifft aber die sozialdemokratische Arbeiterorganisation, deren Führerschaft nichts getan hat, um der eingetretenen Verwilderung der Kämpfe entgegen zu treten, die vielmehr die zahlreichsten Ausschreitungen ihrer Mitglieder, besonders gegen unsere christlich organisierten Arbeiter stillschweigend gebilligt hat.
3. Wir lehnen den Generalstreik ganz entschieden ab, weil dieses sozialdemokratische Klassenkämpfmittel die Arbeiterschaft selbst am schwersten schädigt, das Ansehen aller sozialen Organisationen untergräbt und namenlose Verwirrung für das öffentliche Leben bringt.
4. Die christlich organisierte Arbeiterschaft fordert die gesamte nicht sozialdemokratisch denkende Arbeiterschaft auf, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Nur durch starke christliche Gewerkschaften wird die Gewähr geboten, daß die Arbeiterbewegung sich in gesunden Bahnen bewegt und nicht zum Spielball revolutionärer Elemente und politischer Streber gemacht wird.“

Diese Resolution gibt nicht nur klar und unzweideutig die Stellung der christlichen Arbeiter wieder, sondern führt auch trefflich die Nachteile der Metallarbeiterzeitung ab.

Selbstverständlich bekommen die öffentlichen Organe Zürichs ebenfalls ihr Teil von der Metallarbeiterzeitung. Nennstlich verweigert sie aber, daß der Inhaber der Volkzeitung ein Sozialdemokrat ist, wie dieses aus der nachstehenden Anklage der „Leipziger Volkszeitung“ hervorgeht:

„Bei den Streikdebatten im Landtage (Kantonsrat) wurde er (der sozialdemokratische Polizeipräsident) von den Bürgerlichen ob seiner Ruhe und seiner Energie gegen die Streikenden in den Himmel erhoben, und der liberale Stadtpräsident konnte den Scharfmachern erstreut mitteilen, daß der Polizeivorstand sofort am Tage des Streikausbruchs die Polizisten zum Einmarsch „etwaiger“ Arbeitswilligen aufgeboten (also eine Provokation der Streikenden unternommen), daß er sofort den Sicherheitsdienst eingeschränkt und alle entbehrlichen Kräfte den Unternehmern zur Verfügung gestellt, sowie, daß er alsbald nach den ersten Belästigungen der Streikbrecher bei der Regierung um Verstärkung der Polizei nachgesucht habe! Das alles verlaß der Stadtpräsident aus einem amtlichen Schreiben, daß ihm der sozialdemokratische Polizeipräsident selber geschrieben!“

Der sozialdemokratische Polizeipräsident in Basel scheint dieselbe soziale Gesinnung zu haben, wie sein „roter“ Kollege in Zürich. Von ihm behauptet das Leipziger Genossenblatt, daß er streikende Arbeiter auf Befehl (?) eines Werkführers zu schweren Bußen verurteilt hat wegen Belästigung von Arbeitswilligen. Vor Jahresfrist habe er noch vor Ausbruch des Maurerstreiks berittene Polizisten aufbieten lassen und die Ausrüstung der Polizisten mit — preussischen Revolvern bringend empfohlen.

So geht es! Vor jeder Wahl wird dem Volke vorgefuntert: „Wenn wir die Macht haben, dann geht es dem Arbeiter viel, viel besser!“ Hat die Sozialdemokratie aber das Ziel erreicht, dann behandeln die Herren „Obergenossen“ die Arbeiter viel rücksichtsloser als die schärfsten Scharfmacher. Volksetruag, Arbeiterverrat und Sozialdemokratie sind verwandte Begriffe.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuschicken, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**Gevelsberg.** Bei der Firma Wilt. Schmidt, Schloßfabrik und Temperiererei stehen die Arbeiter im Streik.

**Düsseldorf-Grevenbroich.** Ueber die Dreherei der Maschinenfabrik Klimmshöffer ist die Betriebsperre verhängt.

**Bedum.** Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zugang von Schloßern, Drehern, Schmiedern und sonstigen Metallarbeitern ferngehalten.

**Werdohl.** Ueber die Firma J. W. Dunter ist wegen Holzrauelung die Sperre verhängt. Die Schleifer streiken.

**Werdohl.** Die Firma Gebr. Honsel in Coelzig ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

**Merdingen-Kaldenhäuser.** Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Nähr ist die Sperre verhängt. Zugang von Drehern, Schloßern, Formern und Gipsarbeitern ist volla ferngehalten.

**Burgsteinfurt.** Ueber die Formerei der Firma M. Drees ist die Betriebsperre verhängt. Zugang fernhalten.

**Sagen-Schwelm.** Das hiesige Gebiet ist für Formerei- und Gießereiarbeiter gesperrt.

**W.-Glabbach.** Bei den Firmen Hanbold & Co. und Gebr. Nembold, Glanleferer, sind Differenzen ausgebrochen. Die Betriebe dieser Firmen in Säckeln und W.-Glabbach sind gesperrt.

**Nachen.** Bei der Firma Paulus, Bauhloßerei und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streik.

**Wannheim.** Die Hufe- und Wagen schmiede stehen im Streik. Zugang ist ferngehalten.

**Mugsburg.** Die Hufe- und Wagen schmiede stehen im Streik. Zugang ist ferngehalten.

**Düsseldorf.** Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Akkord- und Lohnarbeit stehen einzelne Abteilungen folgender Werke im Streik: Woeske & Co., Fittingfabrik: Schmiede, Zuschläger und Schloßer. Gebr. Jnden, Fittingfabrik: Schmiede, Zuschläger, Dreher, Werkzeug- und Reparaturschloßer. Stahlwerk Delling: Gießerei, Modellschreiner und Maschinenabteilung. Bei der Firma Phönix, Abteilung Eilnerstraße, stehen die Dreher wegen Akkorddifferenzen im Streik.

**Essen-Muhr.** Die Hufe- und Wagen schmiede stehen in Kaldiguna, zwecks Abschluß eines Tarifvertrages. Zugang ist streng ferngehalten.

**Osnabrück.** Die Firma C. Weymann ist für Formerei und Kermacher wegen Lohnhöherungen gesperrt.

Zugang ist ferngehalten.

### Bekanntmachung.

Laut Generalversammlungsbeschluss sind im Beitrags- und Unterstützungswesen folgende Änderungen einzutreten:

1. In der 40, 60 und 90 Pfennig-Klasse sind mit der 33. Woche, ab 11. August, 10 Pfg. pro Woche und Mitglied mehr an die Hauptkasse abzuführen; für Frauen und Jugendlichen 5 Pfg. Die den Ortsgruppen verbleibenden Anteile werden wie seither in Anrechnung gebracht.
2. In der Jugendklasse b ist in Zukunft ein Eintrittsgeld von 10 Pfg. zu erheben, um eine bessere Kontrolle der Ein- und Austrittenden zu ermöglichen.
3. In der 40 resp. 60 Pfg.-Klasse wird in Zukunft die Hälfte der Krankenunterstützung der 60 resp. 70 Pfg.-Klasse auf die Dauer von 8, 10 und 12 Wochen nach den seither bestehenden statutarischen Bestimmungen gewährt.
4. Die Sterbeunterstützung wird statt nach 2 Jahren jetzt nach einjähriger Mitgliedschaft gewährt, steigend bis 150 Mark.
5. Die seitherige Karenzzeit von 3 Tagen bei Streik kommt in Wegfall.
6. Bei Krankheit werden den Mitgliedern für die ersten 14 Tage, wo sie keine Unterstützung beziehen, die Beiträge erlassen und dafür Ersatzmarken geklebt; dieselben werden als Unterstützung gutgeschrieben und der Hauptkasse in Anrechnung gebracht. Seltens der Zentrale werden den Ortsgruppen besondere Marken, welche nur zu diesem Zwecke Verwendung finden dürfen, zugesandt werden.
7. Für die jugendlichen Mitglieder wird während ihrer aktiven Militärdienstzeit eine Unterstützung gewährt; nach zweijähriger Mitgliedschaft 10 Mark, nach dreijähriger 15 Mark und nach vierjähriger Mitgliedschaft 20 Mark.

Weitere Anweisungen werden den Ortsverbänden noch zugehen. Die Neuerungen treten vom 11. August ab in Kraft. Die Vorstände und Ortsverbände werden ersucht, die Beschlüsse der Generalversammlung zur Durchführung zu bringen.

Obige Änderungen sind von der Generalversammlung mit allen gegen eine Stimme beschlossen worden. Diese Einmütigkeit der Generalversammlung möge allen Vorständen und Mitgliedern ein Ansporn sein, mit derselben Geschlossenheit und Begeisterung für die weitere Erstarbung des Verbandes alle Kräfte einzusetzen.

Der Vorstand:  
J. W. Wieber,  
Verbandsvorsitzender.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 4. August der zweiunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. August fällig.

### Die gelbe Zählkarte

zur Reichsarbeitslosenstatistik soll beim Eintreffen dieser Nummer schon an die Hauptgeschäftsstelle abgehandelt sein. Wo dies noch nicht geschehen ist, muß es sofort nachgeholt werden.

### Der Geschäftsbericht

unseres christlichen Metallarbeiterverbandes für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis zum 1. Januar 1912 bietet jedem Kollegen eine reiche Fülle interessanter und wissenschaftlichen Materials. Unter anderem schildert der 340 Druckseiten umfassende Bericht in textlichen Abhandlungen, Tabellen und graphischen Darstellungen die Tätigkeit unseres Verbandes in den zwei Berichtsjahren. Des ferneren vermittelt er den Kollegen äußerst wertvolle Materialien über die wirtschaftliche Lage unserer Industrie, die Lohnverhältnisse der Arbeiter und die Gewinne der Werke, den Stand des Arbeitsmarktes, über Kartelle, Syndikate, Arbeitgeberverbände etc. Wir verweisen hier auf die Inhaltsangabe, die wir schon in Nr. 27 veröffentlichten.

Wegen des für jeden Kollegen wichtigen Inhaltes muß der Geschäftsbericht die weiteste Verbreitung finden. Jeder Kollege sollte sich denselben zulegen und eingehend studieren, zumal der billige Preis (50 Pfg. für Mitglieder, 2 M. für Nichtmitglieder) jedem Kollegen die Anschaffung ermöglicht. Die Ortsverbände wollen den Vertrieb des Geschäftsberichts umgehend systematisch organisieren und ihre Postämter an die Hauptgeschäftsstelle richten.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Köln-Mülheim.** Die Frage einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung beschäftigt zurzeit die Metallarbeiterschaft des Köln-Mülheimer Industriegebietes. Mit wenigen Ausnahmen besteht im hiesigen Bezirk noch die zehnstündige Arbeitszeit in der Metallindustrie. Wenn man bedenkt, daß wohl keine Industriegruppe eine solche technische Verbesserung in den letzten Jahren aufzuweisen hat, als gerade die Metallindustrie, jedoch inwieweit auf Arbeitszeit wohl an letzter Stelle steht, dann besteht man auch das Bestreben der Arbeiterschaft, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ebenfalls an den Ertragssteigerungen der modernen Technik in entsprechender Weise teilzunehmen. Die industrielle Entwicklung kann erst dann vollständig als Kulturfortschritt bezeichnet werden, wenn auch die Arbeiterschaft daran beteiligt ist.

In Nr. 30 unseres Verbandsorgans haben wir die Verhältnisse der Metallarbeiterschaft des Regierungsbezirkes Köln näher beleuchtet. Die hierbei zu Tage tretenden Zahlen veranschaulichen eine angemessene Regelung der Arbeitszeit. Um noch einen krassen Fall nach dieser Richtung anzuführen sollen hier kurz die Verhältnisse auf dem in Mülheim-Nähe gelegenen Draht- und Kabelwerk (Feltex & Gussleumme) gestreift werden. Bei den in fast allen Abteilungen bestehenden niedrigen Löhnen hat sich hier ein Ueberstundenwesen herausgebildet, wie es kaum von den Hütten- und Walzwerken übertroffen werden kann. 16, 18, 20, ja bis zu 22 Schichten in der 14tägigen Schichtperiode sind keine Seltenheit. Die Nachtschicht beträgt 10 1/2 Stunden, sodas der Arbeiter sich einschließlich der Pausen 12 1/2 Stunden im Betriebe aufhalten muß. Die von der Köln-Mülheimer Metallarbeiterschaft gestellten Forderungen: 1. eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, 2. ein Ausgleich für den dadurch eintretenden Lohnausfall, 3. eine Regelung des Ueberstundenwesens, sind deshalb auf Grund des vorliegenden Tatsachenmaterials wohl berechtigt.

In den verkehrsreichsten Bezirken innerhalb der Metallindustrie sowie auch in einzelnen Bezirken des Köln-Mülheimer Industriegebietes besteht schon eine kürzere als zehnstündige Arbeitszeit. Wenn somit die Metallarbeiter im allgemeinen eine Verkürzung der Arbeitszeit fordern, dann bedeutet es nur eine Gleichstellung in dieser Frage. Der christliche Metallarbeiterverband erkennt die Forderung der Metallarbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit als berechtigt an. Aus diesem Grunde hat sich denn auch die Ortsverwaltung schon seit längerem mit dieser wichtigen Frage und ihrer Lösung befaßt. Nach Sammlung und Sichtung des Materials ist in mehreren Vertrauensmännerversammlungen und in einer Anzahl von Flugblättern zu der Frage Stellung genommen worden. Auch unsere am 19. Mai abgehaltene Quartals-Generalversammlung behandelte nach einem Vortrag unseres Bezirksleiters Schmitz-Köln über das Thema: „Arbeitszeitverkürzung im Köln-Mülheimer Industriegebiet“, den ersten Willen, alles daran zu setzen, die Bewegung in voller Einmütigkeit mit den anderen Organisationen zum Erfolg zu führen. Der Redner forderte eine Verkürzung der Arbeitszeit in erster Linie im Interesse des Arbeiters selbst. Die heutige Arbeitsmethode stellt auf das höchste gesteigerte Anforderungen an die Arbeitskraft. Höchste Anspannung und Ausnutzung des Arbeiters soll das Allheilmittel für die Industrie sein. Daß bei diesem System die Unfallgefahr sich außerordentlich steigert, bewies der Redner durch Statistiken der Berufsgenossenschaften. Die Unfallgefahr steigt mit der Länge der Arbeitszeit. Nach einer Statistik des Reichsversicherungsamtes vom Jahre 1897 beträgt die Unfallziffer in den Vormittagsstunden von 1—9 Uhr 1,10 Unfälle, Vormittagsstunden von 9—12 Uhr 2,36 Unfälle, Nachmittagsstunden von 12—3 Uhr 1,02 Unfälle und in den Nachmittagsstunden von 3—6 Uhr 2,11 Unfälle. In den Samstagvormittagsstunden von 3—6 Uhr sogar 2,76 Unfälle. Die Steigerung der Unfälle gegen Abend kann doch nur in der Anspannung aller Kräfte gegen Arbeitschluß zu suchen sein. Auch im Interesse von Sittlichkeit und Familienleben fordern die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit. Mit Recht sagt der soziale Schriftsteller Professor Herker: „Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die wichtigste Vorbedingung für die intellektuelle und sittliche Hebung des Arbeiterstandes“. Das Streben nach verkürzter Arbeitszeit liegt aber auch im Interesse der Staat und Gesellschaft. Nicht zuletzt auch im Interesse der Industrie selbst. Denn alle sind doch an der Erhaltung eines gesunden und leistungsfähigen Arbeiterstandes interessiert. Die Erfahrungen mit der verkürzten Arbeitszeit beweisen auch, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit nicht notwendigerweise eine Verminderung der Produktion eintritt. Das Fehlen einer gesetzlich festgelegten Arbeitszeit sei eine Lücke in unserer sozialen Gesetzgebung. In mehreren Ländern habe man eine gesetzlich geregelte Arbeitszeit, z. B. in England, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Australien, Frankreich, Oesterreich, sei ein Normalarbeitszeitgesetz. Auch ist durch die gewerkschaftliche Selbsthilfe in den verschiedenen Gewerben in Deutschland die Arbeitszeit unter 10 Stunden festgesetzt.

Welche Formen die Bewegung annehmen wird, ist noch nicht voranzuziehen. Die hiesigen Metallarbeiter aber werden gut tun, aus den Bewegungen der letzten Zeit, welche in den verschiedenen Bezirken unseres Verbandes betreffs Verkürzung der Arbeitszeit stattfanden, ihre Lehre zu ziehen und sich umgehend dem christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen, damit sie vor Uebergriffen bewahrt bleiben. Auch inwieweit sich die Forderungen erwidern werden in Form und Umfang wird sich ohne Zweifel aus den vorliegenden Verhältnissen im Einklang mit der gewerkschaftlichen Taktik und Umsicht ergeben. Wesentlich wird hierbei im Vordergrund stehen, ob der notwendige Reizungsbedarf seitens der Metallarbeiterschaft geschaffen worden ist. Gewiß hat ein großer Teil der in Betracht kommenden Arbeiter den Weg zur Organisation gefunden. Mit Begeisterung können diese den kommenden Dingen entgegensehen. Doch zirka 48 bis 50 000 Metallarbeiter sind im hiesigen Industriegebiet beschäftigt. Dieser Masse die notwendige Aufklärung zu bringen, sie zum Anschluß an unseren Verband zu bewegen, ist zur Stunde doppelte Pflicht unserer gesamtlichen Mitglieder. Vollständiger Besuch aller von uns veranstalteten Sitzungen und Versammlungen muß eintreten. Kein Schritt darf ohne Auftrag und ohne Wissen der Verbandsleitung unternommen werden. Nur so und bei entsprechendem Verhalten der gegnerischen Organisationen unter Wahrung voller Einigkeit und Anerkennung werden auch bei dieser Bewegung schöne Erfolge im Interesse aller Beteiligten herauskommen. Unsere Kollegen aber müssen mit Mut und Energie mit Eifer und Tatkraft für eine Stärkung unseres Verbandes auftreten. „Schmiebet das Eisen, so lange es warm ist.“

### Soziales

#### Für die Beseitigung der Nachtarbeit der Jugendlichen in Walz- und Hammerwerken

Ist unser Verband bekanntlich wiederholt mit Ernst und Entschiedenheit eingetreten. Inseht geschah das noch in einer gemeinsamen Eingabe unserer Verbands, der Gesellschaft für Soziale Reform und des S.-D. Gewerkschafts. In dieser Eingabe wurde der Bundesrat ersucht, die am 31. Mai 1912 abgelaufene Verordnung betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in Walz- und Hammerwerken nicht zu erneuern, soweit die Zulassung jugendlicher Arbeiter zur Nachtarbeit in Betracht komme, sondern die Vorschriften des § 136 S.-D. über das Verbot der Nachtarbeit und der Mindesthöhe der Jugendlichen auch auf die Walz- und Hammerwerke auszudehnen. Die eingehend begründete Eingabe ist nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Auf Grund der neuen Verordnung drängen jetzt die Regierungen mindestens auf eine Einschränkung der Nachtarbeit Jugendlicher. So heißt es beispielsweise, in der amtlichen Ausführungsanweisung des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe an die Regierungspräsidenten im Ministerialblatt vom 25. Juni 1912:

„Der Hauptunterschied zwischen den neuen und den früheren Bestimmungen besteht darin, daß, während bisher allen Walz- und Hammerwerken, die Eisen oder Stahl mit ununterbrochenem Feuer verarbeiten, die Nachtbeschäftigung von jungen Leuten männlichen Geschlechts zwischen 14 und 16 Jahren bei dem unmittelbar mit dem Eisenbetrieb im Zusammenhange stehenden Arbeiten ohne weiteres gestattet ist, vom 1. Oktober 1912 ab, eine solche Nachtbeschäftigung junger Leute nur noch auf Grund einer besonderen Erlaubnis des Regierungspräsidenten zulässig sein soll, die nur widerruflich und nur für die Beschäftigung mit solchen Arbeiten erteilt werden darf, welche geeignet sind, die Ausbildung der jungen Leute zu fördern, und welche keine besonderen Gefahren für ihr Leben und ihre Gesundheit mit sich bringen.“

Schon heute beschäftigen zahlreiche bedeutende und gut geleitete Walz- und Hammerwerke überhaupt keine jungen Leute mehr, andere beschäftigen sie nur in Tagsschicht. Nähere Angaben darüber sind in den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1909, in Conrads „Jahrbüchern“, 40. Bb. S. 353 ff. und in dem „Reichs-Arbeitsblatt“, 8. Jahrg. S. 531, enthalten. Sie ergeben, daß sich im Jahre 1909 in den 250 preussischen Walz- und Hammerwerken 91 858 Arbeiter und unter diesen 4751 junge Leute befauden, daß in ihnen aber nur 1737 junge Leute in der Nacht beschäftigt wurden. Danach ist anzunehmen, daß die Nachtarbeit junger Leute in vielen Walz- und Hammerwerken entbehrt werden kann. Andererseits haben aber sowohl die Berichte der Regierungspräsidenten als auch die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1909 ergeben, daß in einzelnen Gegenden besondere Verhältnisse bestehen, welche die Entsendung aller jungen Leute aus der Nachtschicht als Härte erscheinen lassen würden. Endlich haben sich bei einer Beratung im Reichsamt des Innern sämtliche anwesende Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit nur einer Ausnahme dafür ausgesprochen, daß die bisherigen Ausnahmebestimmungen aufrecht erhalten bleiben möchten. Von keiner Seite ist aber glaubhaft gemacht, daß die Ausnahmen ganz allgemein für alle Walz- und Hammerwerke erforderlich sind, und es ist von keiner Seite behauptet worden, daß sie auch nötig wären für Beschäftigungen, welche die Ausbildung der jungen Leute nicht fördern oder besondere Gefahren für deren Gesundheit mit sich bringen. Es würde aber nicht zu rechtfertigen sein, wenn die der gesunden körperlichen Entwicklung nachteilige Nachtarbeit junger Leute in weiterem Umfang, als es unbedingt notwendig ist, zugelassen würde. Wenn es daher auch nicht angängig erschien, die Nachtbeschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Walz- und Hammerwerken schon jetzt ganz zu beseitigen, so war es doch geboten, sie auf das unbedingt notwendige Maß einzuschränken. Dieses Maß läßt sich aber nur von Fall zu Fall und nur bei genauer Kenntnis der besonderen Verhältnisse der einzelnen Werke feststellen.

Es wird deshalb den Werken, die noch nach dem 1. Oktober 1912 eine Nachtbeschäftigung junger Leute für nötig halten, zu überlassen sein, rechtzeitig die dazu erforderliche Erlaubnis nachzusuchen und zugleich darzutun, daß die Voraussetzungen für deren Erteilung erfüllt sind. Um dann die Ausnahmeanträge zuverlässig beurteilen zu können, werden die einschlägigen Verhältnisse der Werke schon jetzt durch die Gewerbeaufsichtsbeamten sorgfältig festzustellen sein, welche Werke in den letzten Jahren junge Leute in der Nacht beschäftigt haben. Denn es muß angenommen werden, daß die Werke, die bisher ohne die Nachtbeschäftigung junger Leute ausgekommen sind, sie auch in Zukunft entbehren könnten. Sollten, wie dies nach einer Äußerung von beteiligter Seite nicht ausgeschlossen erscheint, Versuche hervortreten, die Nachtbeschäftigung junger Leute in weiterem Umfang einzuführen, als sie bisher üblich war, so würde dem mit Entschiedenheit entgegengetreten werden müssen.

Vor Ihrer Entscheidung über die Ausnahmeanträge wollen Sie in allen Fällen den zuständigen Gewerbeinspektor gütlich hören.“

Wenn diese Anweisung des Ministers überall mit der notwendigen Entschiedenheit zur Durchführung gebracht wird, ist zum mindesten eine weitgehende Einschränkung der den Jugendlichen so nachteiligen Nachtarbeit zu erwarten. Der erste Schritt ist getan und man wird schon bald einsehen, daß die Beseitigung der Nachtarbeit Jugendlicher weder in qualitativer noch in quantitativer Hinsicht die von den Interessenten an die Wand gemalten Schäden für den industriellen Nachwuchs im Gefolge haben wird. Alsdann wird auch wohl der gänzlichen Beseitigung der Nachtarbeit Jugendlicher in Walz- und Hammerwerken nichts mehr im Wege stehen.

### Literarisches.

Erfolge der Gewerkschaftsbewegung im Bergbau. Christlicher Gewerkschaftsverband, Köln, Eintrachtstraße 147. (41 S.) 50 Pfg. Bei Bezug von Partien billiger. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat mit dem organisierten Zusammenstoß der Bergarbeiter ihren Anfang genommen. Es ist nicht leicht gewesen, überall das richtige Verständnis für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Organisationsgebührens wahrzunehmen und lebendig zu erhalten. Ausdauer, Geduld und Tatkraft gehört dazu, die Einkürze der Gegner anzuräumen, und zwar durch sachgemäße Belehrung und Vor-

führung des entsprechenden Tatsachenmaterials. So ist beispielsweise häufig der Gedanke hingeworfen worden, die Gewerkschaftsbewegung sei in der Großindustrie machtlos, sie habe hier noch keine Erfolge und Verbesserungen für die Arbeiter erzielen können.

Dem tritt die vorliegende Schrift wirkungsvoll entgegen, und weist eingehend nach, daß die Gewerkschaftsbewegung im Bergbau, trotzdem sie nur die Minderheit der Arbeiter umfaßt, doch schon durchgreifende Erfolge und eine recht erhebliche Verbesserung der Lage der Arbeiter erzielen konnte. In besonderen Kapiteln werden in diesem Sinne behandelt: Gesetzgebung und Verwaltung, Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Lohnfrage, Strafwesen und Behandlung, Schutz für Leben und Gesundheit, Knappschaftswesen usw. Tatsächlich sind auf allen Gebieten recht bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Die auch für unsere Kollegen, insbesondere die in der Großindustrie tätigen, äußerst empfehlenswerte Schrift fordert deshalb zum Schluß auf, an der selbständigen christlichen Gewerkschaftsbewegung, der die geschilderten Erfolge hauptsächlich zu verdanken sind, festzuhalten und sie zu stärken, um weitere Fortschritte zu ermöglichen.

### Briefkasten.

Raummangel wegen wurde die Sterbetafel zurückgestellt.

### Versammlungsstammler.

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Freitag, den 2. August.

Gelsenkirchen-Bismarck. Abends 8 Uhr bei Weichede.

Saltern. Abends 8.30 Uhr im Verbandslokal.

Pamborn. Versammlung der Vorstandsmitglieder, Vertrauensmänner und Parteibeamteten bei Freundlich am Neumarkt.

Samstag, den 3. August.

Berlin-Moabit. Berl. bei Woberschl, Gogolowstr. 36.

Elberfeld. Abends 8.30 Uhr bei Herrmann, Klopshaus.

Duisburg (Kleinwerthe). Abends 8.30 Uhr bei Hofkamp, Ede Friedr.-Wilhelm- und Wallstraße.

Essen-Steele-Kraus. Abends 8.30 Uhr in Kray bei Freitag.

Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Gantersbräu, Schiffstr. 7.

Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Serrenstraße 34.

Saar bei Solingen. Abends 8.30 Uhr bei Krahnstiel. Bericht vom Verbandsstag. (Am 10. 8. fällt die Vers. aus.)

Köln-Chrensch. Abends 9 Uhr bei Kornbrücker, Kuppelstraße.

Lüdenscheid. Versammlung bei Ernst Diemer.

Münster. Abends 8 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Gelsenkirchener, Tafelhofstraße 7. Bericht vom Verbandsstag.

Ostheim bei Kall. Vorm. 9 Uhr bei Schmidt, Frankfurterstraße.

Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König, Holzstraße 3.

Sonntag, den 4. August.

Wesum. Vorm. 11 Uhr bei C. B. Schulte, am Markt.

Welsheim. Versammlung im Kirch.

Berlin-Tugenerstraße. Nachm. 3 Uhr im Deutschen Gärtnerheim, Straßburgerstraße 53.

Bonn. Vorm. 10 Uhr bei Röder (Donner Hof), Wilhelmstr. 2. D.: Bericht vom Verbandsstag.

Call (Giel). Vorm. 10.30 Uhr wichtige Versammlung. Mitteilungsblätter zwecks Abstemmung mitbringen. Verlobte Kollegen mögen ihre Briefe den Vertrauensmännern mitgeben. Um zahlreiche Erscheinen wird gebeten.

Duisburg-Dröberwaldung. Im Burgader Duisburg, Köhnenstr., nachm. 2.30 Uhr Vertrauensmännervers. nachm. 4 Uhr Generalversammlung. Mitteilungsblätter berechnigt zum Eintritt. Sämtliche Versammlungen in den Sektionen fallen an diesem Tage aus.

Düsseldorf-Eller. Vorm. 11 Uhr im Lokale Haasevelt, Gumbertstraße 120.

Düsseldorf-Internat. Vorm. 11 Uhr im Lokale Reuler, Kästenstraße 144.

Düsseldorf-Verdt. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Düsseldorf-Dorf. Vorm. 11 Uhr im Lokale Wöffen, „zu den drei Röhren“, Krefelderstraße.

Wir stellen noch eine **Mechaniker** ein. Meldungen mit kurzen größeren Anzahl **Wagen** eingearbeitet ist. Auf heres durch den Kollegen **W. Engel**, Wesum, Wiemelhauserstr. 13.